

Wöchentlich 85 Blg., monatlich 2,60 M. im Voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschl. Postgebühren. Auslandsendungen 6.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilagen: „Woll und Jute“ und „Kinderfreund“. Ferner: „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Leserbriefe“, „Blick in die Bürgerwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die politische Kampfbroschüre 80 Wennig, Kampfbroschüre 5.- Die Gsmart „Kleine Anzeigen“ des städtischen Wort 25 Wennig, städtisch zwei städtische Worte, jedes weitere Wort 12 Wennig, Städtische das erste Wort 15 Wennig, jedes weitere Wort 10 Wennig, Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 80 Wennig, Familienangelegenheiten Seite 40 Wennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 2, wochentags, von 9-12, bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Pönböf 292-297 Telegramm-Adr. Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 87 536 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Währ. 66 Diskonto-Gesellschaft, Depositarkasse Lindenstr. 3

Frankreich nimmt Kellogg-Pakt an.

Berzigt auf Vorbehalte.

Paris, 16. Juli.

Die französische Antwortnote auf den amerikanischen Paktvorschlag ist an den amerikanischen Botschafter in Paris gerichtet und hat folgenden Wortlaut:

Herr Botschafter! Mit Ihrem Schreiben vom 23. Juni d. J. hatten Eure Excellenz die Güte, mir einen revidierten Text des Entwurfs zum Kriegsverzichtvertrag vorzulegen und zugleich die Auslegung mitzuteilen, welche die Regierung der Vereinigten Staaten dem Text geben will. Ich bitte Sie, der Regierung der Vereinigten Staaten gegenüber zum Ausdruck bringen zu wollen, mit wie großem Interesse die Regierung der Republik von dieser neuen Mitteilung Kenntnis genommen hat, die geeignet ist, die Unterzeichnung eines Vertrages zu erleichtern, dessen glückliches Zustandekommen dem französischen und dem amerikanischen Volke gleichermäßen am Herzen liegt. Zunächst ergibt sich aus der neuen Präambel, daß der vorgeschlagene Vertrag in der Tat den Zweck hat, die friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen, wie sie zwischen den beteiligten Völkern gemäß vertraglicher Abmachungen heute bestehen, dauernd aufrechtzuerhalten; daß es sich für die Signatarmächte wesentlich darum handelt, auf den Krieg als „Werkzeug ihrer nationalen Politik“ zu verzichten und daß demnach eine Signatarmacht, die künftighin selbst zum Kriege schreiten wollte, um ihre eigenen nationalen Interessen zu fördern, der Vorteile des Vertrags verlustig geben würde. Die Regierung der Republik erwidert sich gern mit diesen neuen Bestimmungen einverstanden. Die Regierung der Republik nimmt andererseits auch gern Akt von der Auslegung, die die Regierung der Vereinigten Staaten dem neuen Vertrage gibt, um den verschiedenen französischerseits vorgebrachten Bemerkungen Rechnung zu tragen. Diese Auslegung läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

Nichts in dem neuen Vertrage beschränkt oder beeinträchtigt irgendwie das

Recht der Selbstverteidigung.

Jedes Volk behält in dieser Hinsicht stets die Befugnis, sein Land gegen einen Angriff oder einen Einfall zu verteidigen; es hat allein zu entscheiden, ob die Umstände es nötigen, zu seiner eigenen Verteidigung zum Kriege zu schreiten.

Zweitens steht keine der Bestimmungen des neuen Vertrages im Widerspruch zu den Bestimmungen der Völkerbundscharta und ebensowenig zu denen der Locarno-Verträge oder der Neutralitätsverträge.

Andererseits würde jede Verletzung einer Bestimmung des neuen Vertrages durch eine der Vertragsmächte die anderen Vertragsmächte von selbst zu ihren Verpflichtungen gegen den Zuwiderhandelnden berechtigen. Die Tatsache schließlich, daß die Regierung der Vereinigten Staaten alle Signatarmächte der in Locarno geschlossenen Vereinbarungen bereits zur Unterzeichnung eingeladen hat und die an Neutralitätsverträgen beteiligten Mächte dazu einzuladen bereit ist, sowie daß den anderen Mächten der Beitritt freistehen soll, ist geeignet, dem neuen Vertrag, im vollen praktisch erwünschten Maße, den Charakter der Universalität zu geben, der den Absichten der Regierung der Republik entspricht.

Dank der Klarstellung, welche die neue Präambel so gebracht hat und dank der andererseits dem Vertrag gegebenen Auslegung sieht die Regierung der Republik zu ihrer Genugtuung, daß sich der neue Vertrag

mit den Verpflichtungen aus bestehenden Verträgen vereinbaren läßt.

an denen Frankreich sonst als Vertragsmacht beteiligt ist, und deren uneingeschränkte Achtung ihm Vertragstreue und guter Glaube natürlich zur unabweißlichen Pflicht machen.

Angeichts dieser Sachlage und unter diesen Umständen freut sich die Regierung der Republik der Regierung der Vereinigten Staaten erklären zu können, daß sie nunmehr durchaus bereit ist, den Vertrag in der durch das Schreiben Eurer Excellenz vom 23. Juni 1928 vorgeschlagenen Form zu unterzeichnen.

Ebenso Mussolini.

Rom, 16. Juli.

In der Note, die Mussolini auf den letzten Vorschlag Kelloggs dem amerikanischen Botschafter in Rom zugehen ließ, heißt es u. a.: Die italienische Regierung habe aufmerksam den von den Vereinigten Staaten vorgeschlagenen Entwurf eines Vertrages über die Ausschaltung des Krieges geprüft. Sie stimme überein mit der Auslegung des Vertrages, die die Regierung der Vereinigten Staaten in ihrer Note vom 23. Juni gegeben hätte und erklärte sich unter dieser Voraussetzung bereit, an der Unterzeichnung des Vertrages teilzunehmen.

Englands Antwort folgt am Mittwoch.

London, 16. Juli.

Der Text der englischen Antwort auf die zweite Kellogg-Note ist den englischen Dominions mitgeteilt worden. Die Kabinettsmitglieder befinden sich im Besitze des Textes der Note. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Kenworthy teilte Chamberlain mit, daß er hoffe, am Mittwoch die englische Antwort dem amerikanischen Geschäftsträger in London übergeben zu können.

Moskauer Spott über den Kellogg-Pakt.

Moskau, 16. Juli.

Die Moskauer Presse überschüttet den Kellogg-Pakt mit Spott. Die „Pravda“ schreibt, das „Ideen“ des Paktes sei nicht neu. Ähnliche Fehden Papier seien auch vor dem Kriege, während des Krieges selbst, sowie nach dem Kriege in Hülle und Fülle unterzeichnet worden. Sie hätten jedoch weder die Ruhrbesetzung, noch den griechisch-türkischen Krieg verhindern können. Der Wert aller dieser Verträge sei gleich Null. Dies um so mehr, als England in der Initiative der Vereinigten Staaten in der Frage der Kriegsächtung mit Recht eine gefährliche Konkurrenz für den Völkerbund erblicke, in dem die britische Regierung die erste Geige spiele. England wolle sich überdies keineswegs binden.

Die Geretteten.

Die Amnestie und der Prozeß der kommunistischen Zentrale.

Der beim Reichsgericht schwebende Hochverratsprozeß gegen die Zentrale der K.P.D. fällt unter die Amnestie. Zahllose Proletarier, die im Jahre 1923 durch unsinnige Parolen dieser Zentrale sich zu schweren Anschlägen gegen die deutsche Republik haben verleiten lassen, mußten dagegen ihren Gehorsam gegen die Befehle der Zentrale mit schweren Strafen büßen. Die Herren Stoedter, Koenen, Kemmele, Hederl, Hörnle und Fröhlich, die sie in gewissenloser Weise dem Gefängnis und dem Zuchthaus überantwortet haben, sind gerettet worden. Sie sind von einer Angst befreit, die sie nicht zu verbergen imstande gewesen sind.

Die kommunistischen Arbeiter können aus der Geschichte des Prozesses der Zentrale ersehen, daß die Wertschätzung, die ihnen ihre Führer zuteil werden lassen, im ungeheuren Verhältnis steht zu der Liebe, die diese Herren für sich selbst empfinden. Jahre hindurch haben die kommunistischen Führer nichts Ernsthaftes zur Befreiung der Männer getan, die sie in frivoler Weise in die Strafanstalten hineingebracht haben; denn daß die kommunistischen Anträge, in denen die Befreiung ausschließlich der kommunistischen Gefangenen gefordert wurde, reine Demonstrationen waren, über deren Erfolglosigkeit sich die Antragsteller selbst klar waren, liegt auf der Hand. Als aber der Zeitpunkt sich näherte, in dem die Führer vor Gericht erscheinen sollten, da verzichtete plötzlich die kommunistische Reichstagsfraktion auf die Ausschaltung der den Parteien der Rechten angehörenden Verurteilten, namentlich der Fememörder, von der Amnestie. Um sich selbst zu retten, stellten die kommunistischen Führer die Fememorde als Bagatellen hin. Sie waren bereit, nicht nur sämtliche verurteilten östlichen Mordbuben aus der Haft zu befreien, sondern auch die Niederschlagung aller noch anhängigen Verfahren ohne Ausnahme, also auch derjenigen wegen Mordes, zuzugestehen. Die Folge wäre gewesen, daß selbst die Mörder Erzbergers außer Verfolgung gesetzt worden wären. Weil die Sozialdemokratie diese ehr-, scham- und würdelosen Nachenschaften nicht mitmachen wollte, wurde sie in der niederträchtigsten Weise beschimpft.

Den armen Teufeln, die es nicht zu Führerstellungen gebracht haben, stellte die Partei kommunistische Verteidiger, die in Unfähigkeit miteinander wetteiferten. Die sechs angeklagten Führer aber sicherten sich als Anwalt den Modeverteidiger Dr. Landsberg. So sehen die Männer aus, die der Sozialdemokratie das Mitgefühl mit den proletarischen Gefangenen absprechen.

Wir können an einem schlagenden Beispiel zeigen, wie gering dieses Mitgefühl bei einem namhaften kommunistischen Führer, nämlich Herrn Walter Stoedter entwickelt ist. Es war der Polizei seinerzeit gelungen, den in den Zentraleprozeß verwickelten Abgeordneten Hederl, zu einer Zeit, wo er nicht immun war, zu verhaften. Die Kommunisten stellten, als der im Dezember 1924 gewählte Reichstag zusammentrat, den Antrag, Hederl freizulassen. Die bürgerliche Mehrheit des Reichstages lehnte den Antrag ab. Als dann die Sommerferien heranrückten, trat der sozialdemokratische Abgeordnete Landsberg an Stoedter heran und riet ihm, den Antrag auf Entlassung Hederls aus der Haft nochmals einzubringen. Er versprach ihm dabei die tatkräftigste Unterstützung. Was entgegnete Stoedter? Der Antrag würde ihm bedenklich erscheinen, weil er den Oberreichsanwalt veranlassen könnte, die Inhaftierung der übrigen angeklagten Abgeordneten ebenfalls zu fordern. Die kommunistische Fraktion stellte zunächst tatsächlich keinen neuen Antrag auf Aufhebung der Haft Hederls. Wiederholt trat Landsberg noch an Stoedter heran und wies ihn darauf hin, daß die Angelegenheit infolge des Heranrückens der Sommerferien immer eiliger werde. Wenn Hederl nicht den ganzen Sommer über in Gefängnis bleiben sollte, müßte der Antrag sofort eingebracht werden. Auch das half nichts. Erst, als es der Zufall wollte, daß dem letzten dieser Gespräche der kommunistische Abgeordnete Höllein bewohnte, änderte sich die Sachlage. Der Verlauf der Sache gab Landsberg Recht und zeigte, daß die Befürchtungen des Herrn Stoedter unbegründet gewesen waren. Der Gegenschlag erfolgte nicht und Landsberg setzte als Berichterstatter über den kommunistischen Antrag die Befreiung Hederls durch.

Man weiß, daß dieser Fall durchaus nicht der einzige war, in dem sich sozialdemokratische Abgeordnete, namentlich Dittmann und Landsberg, für Kommunisten einsetzten, die vor deutsche Gerichte gestellt werden sollten. Die niederträchtigen Beschimpfungen, mit denen die Kommunisten uns jetzt überhäufen, sind um so schamloser, als die Kommunisten die Verdienste sehr wohl kennen, die sozialdemokratische Abgeordnete sich um sie erworben haben, und als sie gelegentlich es sehr wohl verstanden haben, ihre Taktik dieser Erkenntnis anzupassen. Als Landsberg z. B. wieder einmal vom Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages zum Berichterstatter über einen kommunistischen Antrag bestellt worden war, der den Zentraleprozeß hinauschieben

Hitze und Wassernot!

Gestern 35 Grad im Schatten. - 15 Hitzschläge. - Wasserkalamität setzt ein.

Die Hundstagshitze hält weiter mit größter Beharrlichkeit an. Fünfzehn Hitzschläge und mehrere Wadecunfälle waren gestern wieder die Bilanz des abnormen Wetters. Auch in der Wasserversorgung Berlins treten Schwierigkeiten ein; in mehreren Stadtteilen gab es zeitweise überhaupt kein oder nur sehr trübes Wasser.

Die gestern am Spätmittag einziehende Bewölkung brachte in den Abendstunden etwas Abkühlung mit frischen nordöstlichen Winden. Während am Tage die Höchsttemperatur 35 Grad betrug, sank das Thermometer abends fortschreitend und zeigte gegen 20 Uhr noch etwa 27 Grad an. Die Ursache der plötzlichen Abkühlung sind kühle Luftmassen, die aus dem Nordseegebiet zu uns vorgezogen sind und auch gleichzeitig die leichte Bewölkung hervorgerufen haben. Diese Störung wird aber, ähnlich wie am Sonnabend voriger Woche, nur von kurzer Dauer sein. Tagsüber wird heute der Himmel zeitweise leicht bewölkt sein; Niederschläge sind jedoch kaum zu erwarten. Zum Abend wird wieder Aufhellung eintreten; die Temperaturen werden vermutlich über 30 Grad nicht hinausgehen.

Breslau hatte gestern mit 36 Grad im Schatten die heißeste Temperatur im Reich. An zweiter Stelle

rangierte Magdeburg mit 35,2 Grad Maximum und an dritter Stelle folgte Berlin mit 35 Grad. Im übrigen Teil des Reiches lagen die Temperaturen etwas niedriger.

Das tropische Wetter hatte gestern eine ganze Reihe von Hitzschlägen zur Folge. Nach den Städtischen Rettungstellen wurden insgesamt fünfzehn Personen gebracht, in der Mehrzahl Männer, die auf der Straße infolge Hitzschlages bewußtlos zusammengesunken waren. Bei sieben Personen war der Zustand so schwer, daß sie in Krankenhäuser gebracht werden mußten. Am vergangenen Sonntag wurden acht Personen infolge Hitzschlages in verschiedene Krankenhäuser übergeführt. Desweiteren fanden wieder beim Baden in der Spree und Havel mehrere Personen den Tod. Bis um 21 Uhr waren allein wieder drei Fälle bekannt.

Ganz enorm ist der Wasserverbrauch in den letzten Tagen gestiegen. Obgleich die Wasserwerke mit allen vorhandenen Maschinen, Brunnen und Pumpen mit Hochbetrieb arbeiten, um den plötzlich so riesig gesteigerten Bedarf zu decken, letzten die Wasserversorger in einzelnen Stadtteilen zeitweise ganz aus. Im Westen Berlins, sowie im Südwesten gab es am Vormittag und am Abend stundenlang kein Wasser. In anderen Stadtteilen war der Druck so schwach, daß in den oberen Stockwerken das Wasser nur sehr spärlich aus den Leitungen floß und zum Teil eine schmutzgelbe Farbe hatte.

Moskau weicht vor den Bauern.

Alle Zwangsmaßnahmen aufgehoben, aus Angst vor Zusammenstößen.

Moskau, 16. Juli. (D.F.)

Die „Pravda“ lüftet den Schleier über die Beweggründe der neuen Bauernpolitik der Sowjetregierung. Bekanntlich beschloß das Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, das dieser Tage in Moskau getagt hat, die

sofortige Aufhebung aller außerordentlichen Maßnahmen

auf dem bäuerlichen Getreidemarkt. Die „Pravda“ erklärt, die Weiterführung der bisherigen Politik hätte unweigerlich ein negatives politisches Ergebnis gezeitigt. Dies um so mehr als die Stimmung unter den ärmeren und mittleren Bauern in letzter Zeit von Tag zu Tag schlechter wurde. Die Unzufriedenheit über die „administrative Willkür“ auf dem Getreidemarkt sei im Wachsen begriffen. Bemerkenswert ist, daß in der Resolution des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei offen zugegeben wird, daß die Bauern sich

vielfach aktiv gegen die Repressionsmaßnahmen der Behörden gewehrt haben. Dies alles hat die Gefahr eines „feindlichen Zu-

sammenstoßes“ zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft hervorgerufen. Die „Pravda“ erklärt zwar beruhigend, daß ein solcher Zusammenstoß „im Rahmen des proletarischen Staates“ undenkbar sei, gibt aber zu, daß eine falsche Politik diese Gefahr akut werden lassen könnte.

Interessant ist auch, daß im Gegensatz zu früheren Äußerungen die Resolution des Zentralkomitees mit größter Entschiedenheit betont, daß „der sozialistische Aufbau sich nicht allein in der Industrie erschöpfen darf“, sondern auch die Landwirtschaft erfassen müsse. Infolgedessen wird die Hebung des Niveaus der Landwirtschaft, das zurzeit noch sehr tief ist, als eines der wichtigsten Probleme der Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung bezeichnet.

Neun Räuber hingerichtet.

Leningrad, 16. Juli. (D.F.)

In Leningrad sind neun Mitglieder von Banditenbanden hingerichtet worden. Die Banditen haben seit längerer Zeit eine Reihe von vermögenden Raubüberfällen in der Umgebung von Leningrad verübt.

Plant Piłsudski einen neuen Staatsstreich?

Ernstste Lage in Polen. — Kampfanzeige der PPS.

Mit einem berechtigten Stolz kann Polen darauf hinweisen, daß es in den zehn Jahren seines Bestehens in Wirtschaft, Technik und Verkehr zu einer gewissen Konsolidierung gelangt ist, die alle pessimistischen Erwartungen des Auslandes in dieser Hinsicht widerlegen. Eine politische Konsolidierung ist ihm im gleichen Maße nicht gelungen. Das gilt nicht nur von der Außenpolitik, die allzulehr von dem rein negativen Gesichtspunkt der Angst vor Deutschland beherrscht wird; das gilt auch und vor allem von der inneren Politik. Als Piłsudski im Mai 1926 durch einen Militärputsch die Macht an sich riß, war das sicher ein gewaltsames und undemokratisches Vergehen. Aber Piłsudski machte damit zunächst einer Parteienzersplitterung ein Ende, die die Arbeit des Sejms nahezu lahmlegte, und er hat das Verdienst, in der Zeit seiner Herrschaft manche üble Korruption unterdrückt zu haben. Aber er hat es nicht verstanden, das System der polnischen Regierung nach Unterdrückung und Ausrottung von Engherzungen in die Bahnen einer gesunden Demokratie zurückzuführen, sondern war, von einer einseitig militärischen Denkweise und einem Aktivismus unbedeutender blinder Anhänger beeinflusst, eben nur Diktator.

Das ist um so bedauerlicher, als die im Frühjahr des Jahres erfolgten Sejmwahlen die Möglichkeit einer geordneten Regierung boten. Die bunt zusammengewürfelte Regierungspartei hatte zwar hart struppellose Wahlbeeinflussung, um nicht zu sagen, Wahlkäufung, einen überaus großen Erfolg, aber doch keinen Sieg errungen, so daß angesichts des Zusammenbruchs der chauvinistischen Rechtsparteien eine

Einheitskoalition die gegebene Lösung

war. Die alten persönlichen Beziehungen der durch die Wahlen erheblich gestärkten polnischen Sozialistischen Partei zu Piłsudski hätten die Bildung einer solchen Koalition erheblich erleichtert. Es schien auch fast, als habe die Regierung sich zwar nicht zur Bildung einer festen Koalition, aber doch zur Zusammenarbeit mit dem Sejm im parlamentarischen Sinne entschlossen, als sie mit manchen Kompromissen das Budget durchbrachte.

Jetzt hat sich herausgestellt, daß nicht politische Vernunft, sondern die Ausschaltung Piłsudskis durch schwere Krankheit diese Zusammenarbeit von Regierung und Parlament ermöglicht und herbeigeführt hat. Der wieder aktionsfähig gewordene — ob gesundete, ist eine andere Frage — Piłsudski hat diese Kundgebung mißbilligt, und

man rechnet in Polen mit einem neuen Staatsstreich des Marschalls.

Es kennzeichnet den Ernst der Situation, daß die Polnische Sozialistische Partei, die es bisher stets vermieden hat, sich gegen ihren im Polen so hoch verdienten früheren Parteigenossen Piłsudski persönlich zu wenden, jetzt in aller Schärfe ihm den Widerstand bis aufs äußerste angekündigt hat.

Es ist bei dieser Lage der Dinge eine unwesentliche Frage, ob Piłsudski nur unter dem Einfluß seiner seit langem vorhandenen

und nun durch seine Wuchststellung gesteigerten Abneigung gegen das parlamentarische System handelt oder ob er nicht mehr im Besitz seiner geistigen Kräfte ist, denn seine unmittelbare Gefolgschaft ist von der Art, daß sie

selbst einem geisteskranken Piłsudski folgen

würde. So oder so steht Polen vor der Gefahr, daß ein neuer Gewaltstreich Piłsudskis schwerste innere Kämpfe entsetzt. Denn heute würden die gegen Piłsudski aufstretenden, die seinen Putsch von 1926 begrüßt, ja, mit den Waffen in der Hand unterstützt haben.

Kommt es zu solchen inneren Kämpfen, so ist die Entwicklung unberechenbar; sie kann zum Bürgerkrieg im schlimmsten Sinne des Wortes führen. Damit aber könnten zentrifugale Kräfte entsetzt werden, die das Werk einer zehnjährigen Konsolidierung mit einem Schlag vernichten. Man darf nicht vergessen, daß eine verkehrte nationalstaatliche Innenpolitik 7 bis 8 Millionen ukrainische und weißrussische polnische Staatsangehörige in Ostpolen zu Feinden des polnischen Staates gemacht hat und autonomistische Bestrebungen in den ehemals deutschen Teilen Polens, die nicht etwa von deutschen, sondern von polnischen Kreisen getragen werden, angesichts eines inneren Chaos auch zu separaten werden könnten. Und ob alle Nachbarn ruhig zusehen würden, wenn ein sich zerfallendes Polen eine günstige Gelegenheit bieten würde, alte Gebietsforderungen durchzusetzen, darf wohl bezweifelt werden. Kurzum, Piłsudskis überspitztes persönliches Regime hat Weltverwirrung über Polen aufziehen lassen, die auch von Deutschland aus nur mit Unruhe und Besorgnis betrachtet werden können.

„Robotnik“ gegen Jaseff.

Warschau, 16. Juli. (Eigenbericht.)

Der sozialistische „Robotnik“ bekämpft am Montag die kürzlich in Paris abgegebene Erklärung des Außenministers Jaseff, nach der eine Räumung des Rheinlandes nicht ohne Rückwirkungen auf die polnischen Grenzverhältnisse bleiben könne. Der „Robotnik“ erklärt, diese These gehe von einer falschen politischen Einstellung aus und ihre generelle Anwendung sei unrichtig. Darüber hinaus widerspreche sie dem Völkerverbundspakt, der eine Revision der Verträge auf dem Wege friedlicher Verständigung ausdrücklich vorsehe.

Als Beispiel führt der „Robotnik“ die Udchossowatei, Jugoslawien und Rumänien an, die keine Handreich ihres Territoriums abzugeben gemüht wären, und wo der Versuch, die Grenzen zu revidieren, mit einer Mobilisierung beantwortet werden würde. Aber schon in der Frage des deutsch-österreichischen Anschlusses erweise sich die These Jaseffs als unrichtig. Kein Politiker zweifle daran, daß der Anschluß unvermeidlich sei. Entgegen der gesamten nationalistischen Meinung Polens stellt der „Robotnik“ schließlich fest, daß der Anschluß die Interessen Polens nicht im geringsten bedrohe.

Der Familienkrach bei Stinnes.

Eine merkwürdige Funktion des Reichsgerichtspräsidenten.

Vom Wolff-Telegraphenbureau wird folgende Meldung über die Beendigung der Erbauseinandersetzungen in der Familie des verstorbenen Hugo Stinnes verbreitet:

„Wie von der Familie Stinnes mitgeteilt wird, ist der vor einem Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons anhängige Streit zwischen Edmund Stinnes einerseits und Frau Hugo Stinnes andererseits durch einen Vergleich, der alle Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege räumt, endgültig beigelegt.“

Es ist uns nicht bekannt, daß der amtierende Präsident des Reichsgerichts Dr. Simons, der frühere deutsche Außenminister, zur Familie Stinnes in einem verwandtschaftlichen Verhältnis steht. Wir wissen auch nicht, ob der Reichsgerichtspräsident für seine Tätigkeit bei der Erbauseinandersetzung der Familie Stinnes eine Entschädigung erhält, obwohl das in ähnlichen Fällen üblich ist. Der Reichsgerichtspräsident Dr. Simons wäre sicher nicht bereit, bei einer Streitigkeit zwischen armen Schwestern, sei sie auch menschlich noch so ernst, zu vermitteln. Wir halten es der Würde des Präsidenten des höchsten deutschen Gerichts nicht für angemessen, bei Erbauseinandersetzungen in Familien von kapitalistischen Potentaten, ohne daß eine Amtshandlung vorliegt, Parteizustehen.

Italienische Kolonialkrieg in Nordafrika dauert an. Neueste italienische Meldung aus der Erenataka: Aufständische 87 Tote und 21 Gefangene. Italoener 5 Tote, darunter ein Hauptmann, 27 Verwundete, 28 Gewehre erbeutet.

Und dann, und dann kam — ER!

Großes weiß der „Tag“ zu berichten: In Doorn hat eine „Gelehrtenkonferenz“ stattgefunden. Wilhelm hatte sie gerufen. Es kamen und gefährdeten ihren wissenschaftlichen Ruf: der Frankfurter Professor Lammel, H. Raumann, W. Otto und Geheimrat Frobenius. Jeder hielt einen Vortrag über sein Spezialthema. Aber damit allein wäre die Sache doch nicht nach Wilhelm's Geschmack gewesen. Am Schluß kam — vertrat sich — ER, höchst persönlich, um seinerseits die Herren Professoren mit einem Vortrag über die Bedeutung des Seewerkes um um zu belehren. (Unsere Zukunft liegt nach immer auf dem Wasser.) Es ging also ganz zu, wie in dem Couplet, das Wilhelm in seinen guten Tagen sich so gerne vortragen ließ: Erst kamen die Blusen die Kleider — und dann die Suppen voller Plü — darauf die Dessous und so weiter — und dann, und dann kam — sie! Nur daß diesmal die „Sie“ ein ER war...

Das hat er nicht verkennt! Vor kurzem wurde berichtet, daß Herr Gehler in eine Berliner Grobhand einzutreten beabsichtige. Wegen dieser Meldung erübt jetzt Herr Gehler ein Dementi. Er bestätigt damit, daß er im wesentlichen seiner früheren Beschäftigung im Reichswehrministerium treu geblieben ist. Trägt er sich gar mit der Hoffnung auf Rückkehr, daß er seine Dementisprüche Maul gepunkt hätte?

Deutschböhmischer Parteitag. In dem ir Troppau abgehaltenen Parteitag der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, an dem sich auch die tschechische Sozialdemokratie beteiligte, nahmen als Vertreter der reichsdeutschen Sozialdemokratischen Genossen Reichstagsabgeordneter Künstler, Berlin und als Vertreter der österreichischen sozialdemokratischen Partei die Nationalrätin Gabriele Prast-Wien teil.

folgte, erschienen in der „Roten Fahne“ irgendwelche Angriffe gegen ihn, die ebenso hankebüchsen wie verlogen waren. So gleichgültig Anwürfe der Kommunisten auch sonst zu werten sind, so war doch die Gelegenheit eines kleinen Versuchs, die Unerklichkeit kommunistischen Mannesmut zu erproben, zu günstig, als daß Landsberg auf ihn hätte verzichten mögen. Er ließ also Stöcker wissen, daß ihm die Beschimpfungen der „Roten Fahne“ Veranlassung geben, die Berichterstattung über den Zentraleprozeß niederzulegen. Spornstreichers erschien Herr Stöcker und bat ihn dringend, seine Absicht nicht auszuführen. Er fügte hinzu, daß er sich über die Bemerkungen der „Roten Fahne“ sehr geärgert und sofort der Redaktion die Weisung erteilt habe, weitere Angriffe zu unterlassen.

Stöcker hätte alle Veranlassung, jetzt, wo sich der Tadel der „Roten Fahne“ wiederum in unqualifizierbaren Verleumdungen der Sozialdemokratie austobt, wieder einmal zu stoppen; denn er wird sich darüber klar sein, daß er und seine Freunde die Befreiung vom Alb, der in Gestalt des Zentraleprozesses auf ihrer Brust lag, ausschließlich der Sozialdemokratie zu danken haben. Die Mittelparteien waren wirklich nicht geneigt, auf die Durchführung des Prozesses zu verzichten, und es hat der größten Kraftanstrengung der Sozialdemokratie bedurft, um ihren Widerstand zu überwinden. Die Sozialdemokratie verlangt von der SPD keine Dankbarkeit, die Kommunisten sollten sich aber selbst sagen, daß eine Erkenntlichkeit, die sich in den mühseligen Beschimpfungen äußert, eine unerhörte Gemeinheit der Gesinnung offenbart. Wenn die Führer der SPD Menschen sind, die der primitivsten Moral entbehren, so brauchen sie doch schließlich ihre Armut nicht auf offenem Markt zur Schau zu tragen.

Herr Scholz ist enttäuscht.

Ankündigungen für den Herbst. — Eine Neußerung über Stresemann.

In volksparteilichen Blättern wird eine Unterredung mit dem volksparteilichen Fraktionsführer Dr. Scholz wiedergegeben, in der zum Ausdruck kommt, daß die ursprünglich geplante Umwandlung der losen Regierungsmehrheit in eine feste Koalition keineswegs mit Sicherheit zu erwarten sei.

„Der Volkspartei ist ihre Haltung in der Frage einer späteren Regierungsombildung zwangsläufig vorgeschrieben: Vor allem halten wir an unserer Forderung nach Umbildung des Preußenkabinetts im Frühherbst fest. Ferner denken wir nicht daran, den Panzerkreuzer A preiszugeben. Ueberhaupt gelten alle Vorbehalte, die ich in meiner Rede zur Regierungserklärung zu machen genötigt war, heute noch durchaus zu Recht und heute vielleicht, nachdem wir die ersten Enttäuschungen erlebt haben, stärker als je. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei ist in ihrer Beurteilung der großen innerpolitischen Probleme durchaus einig. Gemiß bestehen in manchen Fragen Meinungsverschiedenheiten, wenn aber ein Teil der gegnerischen Presse den Versuch macht, namentlich Gegensätze zwischen dem Herrn Reichsaussenminister und mir zu konstruieren oder zumindest zu unterstreichen, ist darauf zu erwidern, daß wir, Stresemann und ich, uns über gewisse Meinungsverschiedenheiten offen ausgesprochen haben, und daß die Einheitsfront der Partei und der Fraktion durch derartige Ausreden gefördert, nicht aber geschädigt oder gar in Frage gestellt wurde.“

Herr Scholz, der Krisenmacher in der Volkspartei, meldet sich beizeiten.

Die Partei Hugenberg.

Wie Hugenberg den Machtkampf organisiert.

Herr Hugenberg ist der Vorsitzende des Arbeitsausschusses deutschnationaler Industrieller. Dieser Arbeitsausschuß ist der Kern seiner Gruppe und Werkzeug seiner Politik in der deutschnationalen Partei, wie aus dem folgenden vom „Jungdeutschen“ veröffentlichten Schreiben hervorgeht:

Arbeitsausschuß deutschnationaler Industrieller. Berlin W 9, den 28. Juni 1928. Vintkestraße 25 III.

An die Herren Vorsitzenden der Landesverbände! Gestern fand in Duisburg eine Tagung des Arbeitsausschusses deutschnationaler Industrieller des Landesverbandes Niederrhein statt, bei der sowohl der Referent des Abends, Herr Reichstagsabgeordneter Leopold, wie die Korreferenten Dr. v. Dryander und Professor Spahn entschieden gegen die Veröffentlichungen des Mitgliedes des Reichstages Wolther Bombach, sowohl was Inhalt wie was die politische Zweckmäßigkeit seines Schrittes anlangt, Stellung genommen haben und dabei im Kreise der Industriellen vollste Zustimmung fanden.

Die Veröffentlichung findet gewiß auch dort Interesse. Wir gestalten uns daher, einen Abzug des Bombach-Artikels beizufügen. Der Landesverband Hamburg der Deutschnationalen Volkspartei hat bereits den Ausschluß des Abgeordneten Bombach aus der Partei beantragt. Wie wir hören, besteht von anderen Seiten die gleiche Absicht.

Mit deutschem Gruß!

Arbeitsausschuß deutschnationaler Industrieller.

Der Geschäftsführer: gez. Scheide.

Hier werden die Fäden sichtbar, an denen Herr Hugenberg zieht, seine eigenen Freunde und vor allem die industriellen Interessen, die hinter ihm stehen.

Kommunisten gegen Gewerkschaften.

Lüneburg, 15. Juli.

Anlässlich des Gewerkschaftsfestes, das heute in Lüneburg abgehalten wurde, hatten die Kommunisten gestern durch Flugblätter zu Gegendemonstrationen aufgefordert, die jedoch von der Polizei verboten worden waren. Sicherheitshalber war von Harburg ein Schupo-Ueberfallkommando angefordert worden. Trotz des Verbotes versuchten jedoch die Kommunisten, namentlich Rotfrontkämpfer, hinter dem Gewerkschaftsfestzug zu marschieren. Den Aufforderungen der Polizei, den Umzug einzustellen, wurde nicht Folge geleistet. Es kam darauf zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf die Kommunisten die Polizeibeamten mit Fäusten angriffen. Das Ueberfallkommando mußte gegen die etwa 200 Mann zählende Menge wiederholt von dem Gummitrappel Gebrauch machen. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Totenfeier in Wien.

Das Grabmal der Stadtverwaltung, Vorbeimarsch der Zehntausende.

Wien, 17. Juli (Eigenbericht).

In der glühenden Hitze des gestrigen Sonntags begann um 9 Uhr 30 der Vorbeimarsch am städtischen Grabmal der hundert Jaskopfer — erst um 11 Uhr 50 passierten die letzten Reihen im langsamem Trauerrhythmus mit gefalteten roten Fahnen das Massengrab, auf dem zehntausende roter Kelten einen duffenden Berg bildeten, zu dem jeder Demonstrant eine Blume beigetragen hatte.

Mit Worten des Gedankens enthüllte Abg. Dr. Wilhelm Ellenbogen das Denkmal.

Die Parteiführung hatte nur die Genossen dreier städtischen Stadtbezirke, die dem Zentralfriedhof näher liegen, zur korporativen Teilnahme aufgefordert — es kamen 40 000 Männer und Frauen. Vom Republikanischen Schutzbund traten 20 000 Mann in Reih und Glied und mit gedämpften Trommeln an, 20 000 Arbeiterportier kamen dazu. Alle anderen 18 Stadtbezirke, d. h. die vielen hundert Parteifaktionen, Gewerkschaftsgruppen und die Betriebsräte hatten nur Abordnungen von 5—10 Köpfen zu entsenden.

Auf dem ganzen Marschwege boten die Arbeiterkameraden und der städtische Gesundheitsdienst frisches Trinkwasser dar, die vielen Mägen hatten wenig zu tun. Ohne Zwischenfall ging die Totenfeier zu Ende.

Das Schwurgericht verurteilt die Hege gegen die freie Gewerkschaft.

Die Führer der freigewerkschaftlichen Polizeistengewerkschaft in Wien, Schabes und Döninger, hatten nach dem 15. Juli 1927 vor ihren Genossen in der sozialdemokratischen Partei die folgen-schwere Untüchtigkeit der leitenden Polizeibeamten an den Unglücks-tag kritisiert. Aus eigener Erfahrung wissen wir, wie sehr beide auch gegen jede Verallgemeinerung der Kritik an den freilich so zahlreichen Brutalitäten auf die ganze Polizei gewirkt haben. Eber mit allen Mitteln sollte ja nun die freie Polizeigewerkschaft verurteilt werden. Diesem Zweck dienten außer den hier am Sonntag erwähnten Amtsmißbrauchsmitteln auch ein persönlicher Feldzug gegen Schabes und Döninger in dem Blatt „Bundespolizei“, Organ des antisozialistischen, schoberiteuren Polizeivereins. Schabes und Döninger erhoben Beleidigungsklage; um dem zuständigen Schwurgericht auszuweichen, erklärte der Verantwortliche zunächst, die Beleidigungen weder vorher gelesen noch zum Druck befördert zu haben. Also Bezirksgericht. Dort erklärte er aber, er habe doch zum Druck befördert. Darauf Zurückweisung an das Schwurgericht. Hier trat der Verteidiger Dr. Gärtler, christlichsozialer Abgeordneter und janzarischer Sozialistenbekämpfer auch im Gerichtsjaal, wo er gewöhnlich in Konflikt mit dem Vorsitzenden, stets aber mit dem Gegenanwalt kommt, den Wahrheitsbeweis an. U. a. wollte er auch beweisen, daß Schabes durch übliche Schiebungen Mitglied des Bundesrats (etwa unserem Reichsrat gleichzusetzen) geworden sei. Der ganze Wahrheitsbeweis mißlang schmachvoll; es ergab sich aber, daß das Polizeipräsidium durch Kriminalbeamte die Festhaltungen Schabes' in sozialdemokratischen Sektionsversammlungen bespitzeln läßt!

Die Geschworenen sprachen dem Schoberianer schuldig, er wurde zu vier Wochen strengen Arzts (Gejängnis) mit einem Hafttag verurteilt. Der wahre Verurteilte ist wieder das System Schaber.

Reichstag besucht Pressa.

Adenauer gegen die Selbstisolierung. — Lobe über die Aufgaben der Presseausstellung.

Köln, 16. Juli.

Die zum Besuch der Pressa hier weilenden Mitglieder des Reichstages unter Führung des Präsidenten Lobe und der Vizepräsidenten von Kardorff und Esser waren heute abend im großen Saale des Gürzenich Gäste der Stadt. Oberbürgermeister Adenauer gab in seiner Begrüßungsansprache seiner Freude darüber Ausdruck, die Vertreter des deutschen Reichstages willkommen heißen zu können und verband damit den Dank für das große Verständnis, das der Reichstag von vorherhin dem Gedanken der internationalen Presseausstellung entgegengebracht habe. Der Gedanke dieser Ausstellung habe im Zustande eines ausgezeichneten Widerhall gefunden, einen Widerhall im Sinne der Annäherung der europäischen Völker auf dem Wege zum europäischen Frieden. Dr. Adenauer betonte, daß die Zeit der Isolierung für Deutschland ein Ende haben müsse, in gleicher Weise aber auch die Zeit der Selbstisolierung. Deutschland könne unmöglich verlangen, daß seine ehemaligen Kriegsgegner auf seine Stimme hören, wenn es nicht ebenso, wie es das von den anderen Völkern verlange, auch selbst unter die Vergangenheit einen entschlossenen Strich ziehe.

Das Hoch des Oberbürgermeisters am Schluß seiner Rede galt dem deutschen Reichstag und einem glücklichen Erfolge seiner Arbeiten.

In schlichten Worten dankte darauf Präsident Lobe dem Oberbürgermeister für die Einladung. Er gab seiner Bewunderung für das mit der internationalen Presseausstellung geschaffene große Werk Ausdruck, das geistlich sei, Völker und Nationen näher zu führen, und sprach die Überzeugung aus, daß die Pressa, die einen ethischen und kulturellen Zweck habe, sich einst tentieren werde, indem sie dem Volke einen Einblick gegeben habe in die geistige Entwicklung eines großen Teiles seiner Vorgesessenen und ihm Aussicht vor geistiger Arbeit ins Herz gepflanzt habe. Sein Hoch galt der Stadt Köln mit ihrem Oberbürgermeister. Beide Reden wurden von den Abgeordneten mit zahlreichen Beifallsrufen aufgenommen.

Anschließend folgten die Gäste einer Einladung der Stadt Köln zu einer Rheindampferfahrt zur Besichtigung der Rheinfurten und Dombaulandung.

Gendarm erschießt den Generalstabschef Tragisches Mißverständnis in Smyrna.

Konstantinopel, 16. Juli.

Der Chef des Generalstabes in Smyrna, Zeli Bei, und der Leiter des Smyrner Luftverbandes, Nihal Bei, wurden vor-lebentlich durch einen Gendarmen in Smyrna erschossen. Der Gendarm glaubte den Kraftwagen der beiden als das Automobil eines Verbrechens erkannt zu haben, auf den gefahndet wurde. Er forderte den Chauffeur auf, zu halten, und als dieser nicht Folge leistete, feuerte er mehrere Schüsse ab, durch die die beiden Insassen des Autos auf der Stelle getötet wurden.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Peru und Chile werden jetzt nach zwanzigjähriger Unterbrechung wegen eines Grenzkonfliktes auf Grund einer amerikanischen Vermittlung wieder aufgenommen.

Der Gerettete — der Tote.



Ohne Wahl verleiht die Gaben,
Ohne Billigkeit das Glück.

Denn Patroklos liegt begraben,
Und Therxites kehrt zurück. (Schiller)

Attentat in China.

Der Militärgouverneur von Chinesisch-Turkestan erschossen.

Schanghai, 16. Juli.

Die Sibirische Regierung hat die Nachricht erhalten, daß Hantschenghin, Militärgouverneur von Chinesisch-Turkestan, bei einer Preisverteilung in der russischen Schule in Urumtschi durch Schüsse, die aus der Eskorte des Kommissars für auswärtige Angelegenheiten abgegeben wurden, getötet worden ist. Die Mörder sind verhaftet worden. Die chinesische Bevölkerung ist über die Nachricht sehr erregt. Man fürchtet in Chinesisch-Turkestan neue Unruhen.

21 Hinrichtungen sofort vorgenommen!

Im Zusammenhang mit der Ermordung Hantschenghins, des Militärgouverneurs von Chinesisch-Turkestan, sind der Kommissar

für auswärtige Angelegenheiten und zwanzig Mann seiner Eskorte, aus der, wie gemeldet, die tödlichen Schüsse gefallen waren, auf Befehl des Zivilgouverneurs hingerichtet worden.

Die Nanjing-Regierung und die Mandchurei.

Nanjing, 16. Juli.

Amlich wird gemeldet, daß die sibirische Fahne noch im Verlaufe dieses Monats in der Mandchurei gehißt werden wird. — (Einstweilen steht allerdings der größte Teil der Mandchurei noch unter der Herrschaft des Sohnes von Tchangschow. Erst müßten demnach die Nationaltruppen die Mandchurei erobern ehe sie ihre Fahne dort hissen! Red. d. „B.“)

Nationalistischer Vandalismus in Löwen

Einrichtung vom amerikanischen Architekten Warren.

Brüssel, 16. Juli. (Eigenbericht).

Der Kampf um die Löwener Universitäts-inschrift lebt wieder auf. Am Montag früh um 7 Uhr, als in den Straßen der kleinen Stadt noch Morgensonne herrschte, begann ein Mann die von Rektor Ladeuze angebrachte inschriftlose Brüstung mit einem Hammer abzubrechen, ohne daß ihn zunächst jemand störte. Erst als er seine Arbeit beendet hatte, trat Polizei ein und nahm den Täter fest. Er erklärte, aus eigenem Antrieb gehandelt zu haben, um sich gegen die während des Krieges von Deutschland erlittene Unbill zu rächen. Der Täter, ein Arbeiter, wird wegen Zerstörung von Bauten strafrechtlich verfolgt werden. Der angerichtete Schaden wird auf 100 000 Franken geschätzt.

Der Arbeiter, der in Löwen die Balustrade zerstört hat, heißt Morin. Er ist 29 Jahre alt und im Besitz außerordentlicher Körperkräfte. Mit einer Spitzhose hat er die Balustrade im Auftrage des Architekten Warren zertrümmert. Er konnte in das Gebäude eindringen, weil er bei dem inneren Ausbau der Bibliothek beschäftigt war. Als die Polizei den Gebäude-frevel bemerkte, war es schon zu spät. Zurzeit wird die Bibliothek durch eine starke Polizeiabteilung bewacht.

Die im August 1914 zerstörte Bibliothek der katholischen Universität Löwen ist mit amerikanischen Geldspenden nach den Plänen des amerikanischen Architekten Warren wieder aufgebaut worden. Ihr Inhalt wurde laut Friedensvertrag größtenteils aus deutschen Büchereibeständen zusammengestellt. Der amerikanische Architekt, ein rabiatler Chauvinist, wollte nun eine Inschrift in schlechtem Kuchentein anbringen lassen, wonach die frühere Bibliothek „durch die Barbaren zerstört“ worden sei. Der Rektor Ladeuze widersetzte sich unter Zustimmung des Hochschulkollegiums dieser heuchlerischen Inschrift, während nationalistische Studenten ihre Anbringung verlangten.

Nach heftigen Zwischenfällen lehnte Ladeuze seinen vernünftigen Standpunkt durch und die Einweihungsfeier des neuen Bibliothekgebäudes mit der inschriftlosen Balustrade fand vor wenigen Tagen statt. Nun hat ein einzelner aufgebehrter Arbeiter durch seine Zerstörungstat den Konflikt wieder aufgerollt. Darüber liegen noch folgende Einzelheiten vor:

Rußlands Ingenieurwachstum.

Kritik an den Technischen Hochschulen.

Die Sowjetpresse veröffentlicht seit Tagen Urteile von Wissenschaftlern und Professoren über die Vorbildung der Roten Spezialisten. Das Bild, das man bei der Lektüre dieser Meinungsäußerungen erhält, ist mehr als traurig. Die Lehrpläne laugen nichts, die studierende Jugend hungert, praktische Arbeit in den Fabriken gibt es kaum. Im Augenblick, da gegen die alten Spezialisten eine unmögliche Hege begonnen hat, sind diese Selbstkritiken der Wirtschaftler und der Professoren besonders bedeutungsvoll. Die Wirtschaftler tadeln nicht mit Vorwürfen gegen die Lehrkörper der Tech-

nischen Hochschule, diese wieder schreiben einen großen Teil der Schuld an dem Tiefstand der jungen Roten Spezialisten jenen zu.

Die Diskussion ist durch einen instruktiven Artikel des Volkskommissars für das Bildungswesen Lunatscharski eröffnet worden. Er stellt fest, daß die Mängel in der Vorbereitung der Roten Spezialisten für die weitere Industrialisierung des Landes einfach katastrophal werden könnte; um so mehr, als zwischen der Nachfrage der Industrie und dem Angebot durch die Technischen Hochschulen eine Kluft bestehe. Die Hauptursache aber liege in dem unzureichenden Etat der Technischen Hochschulen. Sie besitzen ein Inventar, das längst veraltet ist. Charakteristisch ist ein Ausspruch eines Professors, daß die Laboratorien an den Technischen Hochschulen Sowjetrußlands noch heute auf der Stufe der Technik vom Jahre 1848 stehen. Wie sollte es auch anders sein, fragt Lunatscharski, wenn die Mittel, die den Hochschulen zur Verfügung gestellt werden, nur etwa 25 Proz. der Vorkriegszeit erreichen. Ganz miserabel ist auch die Entlohnung des Lehrpersonals. Sie erreicht kaum 30 Proz. dessen, was sie vor dem Kriege erhielten. Es ist weder die Möglichkeit vorhanden, die Professoren zu Studienzwecken ins Ausland zu schicken, noch ist es möglich, aus dem Ausland technische Literatur kommen zu lassen. Die proletarische Studentenschaft mag einfach an Hungertische. Die Stipendien reichen nicht aus; anstatt zu studieren, sind die Studenten gezwungen, durch Schwerarbeit sich das Notwendige zum Leben zu verdienen.

Nicht minder bedeutsam erscheint auch das andere: die völlige Losgelöstheit der theoretischen Vorbereitung in den Technischen Hochschulen von der praktischen Arbeit in den Fabriken. Die Schuld daran, sagt Lunatscharski, trägt niemand anders als der oberste Wirtschaftsrat, der seinen Finger gerührt hat, um die praktische Arbeit auf den Fabriken zu ermöglichen. Eine vollständige Umkehr besteht auch im obersten Wirtschaftsrat über die Zahl der in den nächsten Jahren erforderlichen Ingenieure. In bezug auf die Textilindustrie wird z. B. bald von 6800, bald von 2000 Ingenieuren gesprochen. Während das Volkskommissariat für das Bildungswesen für die nächsten fünf Jahre die Zahl von 19 000 Ingenieuren festgelegt hat, erklärt der oberste Wirtschaftsrat, daß 35 000 nötig sein würden. Unter solchen Umständen ist ein richtiges Disponieren unmöglich.

Ungefähr im gleichen Sinne, bald weniger, bald mehr pessimistisch, äußern sich auch verschiedene andere in den Spalten der „Pravda“. Keine Aussichten für die Entwicklung der russischen Wirtschaft in den nächsten Jahrzehnten!

Er bleibt Thronfolger, der Prinz Franz von Liechtenstein, Bruder des „regierenden Fürsten“ von Vaduz und noch einiger Dörfer. Das Reich hatte bis 1914 eine Kampagne Böder zur österreichischen Armee gestellt, österreichisches Geld und Verwaltung gehabt. Nach der R. A. Meite hatte es sich wieder selbständig gemacht, das ist so im dar über so!

In Mexiko finden fortgesetzt Bandenkämpfe statt. In der Nähe von Leon entspann sich zwischen Aufständischen und Bundesstruppen ein Kampf, in dessen Verlauf 34 Aufständische und vier Bundeskämpfer getötet wurden. — Bei Papuaro überfielen Aufständische einen Personenzug, entführten den Bundesabgeordneten Sandoval sowie seinen Bruder, den Bürgermeister von Tacambaro, und knüpften sie an Telegraphenpfeiler auf.

Die Union der Lebensmittelarbeiter.

Die Internationale Union der Lebensmittelarbeiter (IUL) hat dieser Tage in Wien ihren Kongress abgehalten. Vertreten waren 19 Organisationen mit 52 Delegierten. Unter ihnen waren zum erstenmal die Vertreter der Lebensmittelarbeiterorganisationen Spaniens, Polens, Finnlands und Jugoslawiens. Dem Delegierten des rumänischen Verbandes war von seiner Regierung der Pass verweigert worden, wegen der Kongress nachdrücklich protestierte. Diskussionslos wurden die seit dem Kopenhagener Kongress 1925 zur Aufnahme angemeldeten Organisationen der Schokolade- und Zuckerarbeiter in Dänemark, der Bäcker und Konditoren in Schottland, der Bäcker und Mühlenarbeiter in Spanien und der Zuckerarbeiter in Polen in die Internationale aufgenommen.

Die Aufnahme der unitarischen Lebensmittelarbeiterverbände in Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien und Frankreich wurde grundsätzlich abgelehnt. Die Aufnahme des Lebensmittelarbeiterverbandes in Griechenland wurde zurückgestellt, bis seine Beziehungen zum sogenannten internationalen Propagandakomitee der revolutionären Lebensmittelarbeiter, einer Unterabteilung der Roten Gewerkschaftsinternationale, hergestellt sind.

764 426 Mitglieder

umfaßt die Union — nach dem Bericht des Internationalen Sekretärs Schifferstein — Ende 1927 in 32 Landesorganisationen, von denen jedoch 3 ihre Mitgliederzahl nicht angegeben haben.

Dr. Spühler, Zürich, der über die weltwirtschaftliche Struktur der Lebens- und Genussmittelindustrie sprach, warnte vor der Illusion, daß die monopolistischen Organisationsformen des Kapitals zu planwirtschaftlicher Durchorganisation der Produktion führen und eine Sicherung des Weltfriedens bilden könnten. Der internationalen Organisation des Kapitals müssen mächtige Berufs- oder besser: Industrieinternationale der Arbeiterschaft gegenübergestellt werden.

In der Frage der

Nachtarbeit in den Bäckereien

wurde in einer Entschliessung gefordert, überall für Ratifikation des Internationalen Übereinkommens des Verbots der Nachtarbeit einzutreten, aber nicht um den Preis einer Verschlechterung der bestehenden Schutzgesetze.

In Frankreich protestierte dagegen, daß in Rußland die gewerkschaftliche Organisation der Einführung des Drei-Schichtenbetriebes zugestimmt hat.

In der Traglastenfrage bedauerte Moser-Deutschland, daß die Behandlung dieses Problems in Genf wieder zurückgestellt worden ist. Der Kongress forderte in einer Entschliessung von der Internationalen Arbeiterorganisation die Schaffung einer Konvention, die das zulässige Gewicht von Traglasten, die als Warenaufgaben in den Verkehr gelangen, auf maximal 75 Kilogramm festlegt. Ferner forderte der Kongress Festhalten des Achtstundentages; er ist für eine Revision des Washingtoner Abkommens nur dann, wenn diese eine Verbesserung zugunsten der Arbeiter bringt.

Zum Präsidenten der Exekutive wurde wieder R. Wilhelm-Schweiz und zum internationalen Sekretär Schifferstein gewählt. Der Sitz des Sekretariats bleibt in Zürich; Ort des nächsten Kongresses (1931) ist Prag.

Die Freizügigkeit in der Landwirtschaft.

Wie sie von Behörden geschützt wird.

Die landwirtschaftlichen Unternehmer machen den Landarbeitern das verfassungsmäßig garantierte Recht der Freizügigkeit streitig. Sie wollen, daß der Landarbeiter, wieder wie früher, ohne Genehmigung des Arbeitgebers seinen Arbeitsplatz nicht verlassen darf. Die behördlichen Stellen müßten nun den Landarbeitern bei der Abwehr dieser Bestrebungen Schutz und Hilfe angedeihen lassen. Das Gegenteil ist der Fall. Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß sich die Behörden nicht auf die Seite der Landarbeiter, sondern auf die der landwirtschaftlichen Unternehmer stellen. Dies zeigt auch die folgende amtliche Bekanntmachung, die der Landrat des Kreises Lgd in Ostpreußen vor einigen Tagen im „Lgd-Kreisblatt“ veröffentlicht hat.

Betrifft: Einstellung von landwirtschaftlichen Arbeitskräften. In der Landwirtschaft besteht ein erheblicher Mangel an Arbeitskräften aller Art. Es muß daher alles versucht werden, um der Abwanderung von landwirtschaftlichen Arbeitskräften aus der Landwirtschaft Einhalt zu tun. Wenn die Landwirtschaft infolge des Mangels an Arbeitskräften lebensunfähig wird, muß sich dies auch auf die sonstigen Wirtschaftszweige katastrophal auswirken.

Die Inhaber von gewerblichen Betrieben werden daher gebeten, Arbeitskräfte, die früher in der Landwirtschaft beschäftigt waren oder für die Landwirtschaft geeignet sind, in ihren Betrieben nicht einzustellen.

Weiter bitte ich, jede offene Arbeitsstelle dem Arbeitsnachweis anzumelden. Beim Arbeitsnachweis sind stets brauchbare Arbeitskräfte gemeldet. Auch überschaut der Arbeitsnachweis die Arbeitsmarktlage in seinem Kreise bestens. Es liegt daher im Interesse der Wirtschaft, diese Einrichtung zu unterstützen. Die Vermittlung erfolgt kostenlos und unparteiisch.

Lgd, den 22. Juni 1928.

Der Landrat und Vorsitzende des öffentlichen Arbeitsnachweises.

Besondere Veranlassung, sich mit diesem Vorgehen zu beschäftigen, hat das preussische Innenministerium. Es muß den Landrat des Kreises Lgd sofort zur Rede stellen und vom ihm verlangen, daß er seine verfassungswidrige Bekanntmachung zurückzieht.

„Wer da hat, dem wird gegeben . . .“

In geradezu aufreizender Form suchte das Oberbergamt Dortmund diesen Satz den Grubenleuten einzuhämmern. Nach dem Kartellbeschluss des Oberbergamtes vom 20. März dieses Jahres (Kartellzeichen I 102) wird den höheren Beamten in ihrer Eigenschaft als Sachverständige für eine einmalige Grubenfahrt eine Ent-

schädigung von 100 Mark neben dem Bezug von 8 Mark pro Stunde für aufgewandte Zeit gewährt. Zu diesem unerhörten Beschluss erklärte die am 11. Juni tagende Belegschaftsversammlung der deutschen Erdöl- u. G. Zeche Graf Bismarck I bis IV in einem an die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags gerichteten Schreiben:

„Wie ein Hohn mutet es an, daß man diese Entschädigung durch die mit der Grubenfahrt verbundenen Gefahren, Mühen und Anstrengungen begründet; denn diesen Anstrengungen und Gefahren sind wir täglich ausgesetzt. Wenn wir auch unter Berücksichtigung der geistigen Arbeit und der Vorbildung jedes einzelnen Beamten diesen für ihre stets unter Lebensgefahr verrichteten Befahrungen eine angemessene Entschädigung zuerkennen, so ist der Unterschied zwischen der Bezahlung der Arbeit des Bergarbeiters und der des Sachverständigen, der sich Zeit und Tempo seiner Arbeit selbst bestimmen kann, zu groß und muß daher auf das entschiedenste verurteilt werden. Erhält doch ein Sachverständiger bei einer Befahrung von 7 Stunden zirka 80 Proz. eines monatlichen Bergarbeiterlohnes. Einmütig stellen wir hiermit fest, daß bei der ewigen Jagd nach gesteigerter Leistung ein derartiger Beschluss, der die Gefahren, Mühen und Anstrengungen anerkennt, bislang für den Bergarbeiter noch nicht vorgelegen hat. Wir erwarten daher von den Abgeordneten des Preussischen Landtags, daß in Anerkennung der gesteigerten Leistung der Bergarbeiterschaft und der durch Feiertage sowie Kündigungen hervorgerufenen mißlichen Lage der Bergarbeiter dieser der Belegschaft höflichst ersuchen den Beschluss des Oberbergamtes Dortmund von den Abgeordneten des Preussischen Landtags nicht anerkannt werden wird.“

Gewerkschaftstreue.

Die „Graphische Presse“ bringt die Namen der 433 Mitglieder des Verbandes der Lithographen, Stein-drucker und verwandter Berufe, die während des Jahres 1925 auf eine 25 Jahre währende Mitgliedschaftsdauer zurückblicken konnten. Damit ist die Liste der Mitglieder, die dem Verbands länger als 25 Jahre angehörten, auf 2517 angewachsen, wovon allerdings ein Teil verstorben ist, der dem Verbands die Treue bis zum Grabe gehalten hat.

Nur der, der selber seiner Gewerkschaft die Treue wahrt, hat auf ihre Treue Anspruch.

Klavierarbeiter!

Heute, mittag 1 Uhr, Versammlung aller streikenden und ausgesperrten, freigewerkschaftlichen Klavierarbeiter im Saalbau Friedrichshain. Ohne freigewerkschaftliche Legitimation keinen Zutritt. Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Götzer; Familien: Dr. John Schützow; Kulturelles und Sonstiges: Feix Karstadt; Anzeigen: Ch. Giese; Familien in Berlin: Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin; Druck: Fortwärts-Verlag; und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu 1 Beilage und „Unterhaltung und Wissen“.

In fast allen Abteilungen: **Grosser Saison.** Beginn: Montag, den 2. Juli

AUSVERKAUF

PREISE = TEILWEISE HERABGESETZT BIS ZUR HALBTE

Strumpfwaren

Damen-Strümpfe 90 Pf. Kanatseide oder Mako.....jetzt Paar

Damen-Strümpfe 1⁹⁰ gute künstliche Waschseide.....jetzt Paar

Damen-Strümpfe 2⁹⁵ Merle-Seide, feine künstl. Waschseide, Goldatemp. jetzt Paar

Herren-Socken 48,68 Paar, 59 Pf. Jacquard-Socken, jetzt Paar

Kleiderstoffe 95 Pf. kaschaariger moderner Kleiderstoff, früher Meter bis 1,95, jetzt

Wollmusseln 1⁸⁵ ca. 80 cm breit, gross. Sortiment, mod. Druckmuster, früh. Meter bis 3,50, jetzt

Kleiderstoffe 2⁴⁵ reine Wolle, kaschaarige Gewebe, früh. Mtr. b. 3,90, jetzt

Kostüm- u. Mantelstoffe 2⁹⁰ ca. 130cm brt., reine Wolle, fr. Mtr. b. 5,90, jetzt

Veloutine 4⁶⁵ Wolle mit Seide, ca. 100 cm breit, elegante Kleiderware, grosses Farbsortiment, früher Meter bis 7,90, jetzt

Badeartikel

Badehauben 28 Pf. garnierte Formen.....jetzt von

Badegürtel 65 Pf. verschiedene Ausführungen, jetzt von

Badeanzüge 95 Pf. für Kinder, 2-8 Jahre.....jetzt

Badeanzüge 1⁴⁵ für Herren, Größe 40.....jetzt

Badeschuhe 1⁴⁵ Batin, mit Gummisohle.....jetzt

Handtücher 58 Pf. gute Qualität.....jetzt

Handtücher 95 Pf. extra schwer.....jetzt

Frottierstoffe 3⁹⁰ grosse Auswahl.....jetzt von

Badecapes 5⁹⁰ Eschenkragen.....jetzt

Bademäntel 9⁷⁵ gummiertem Frottierstoff.....jetzt

Wäsche

Zephir 48 Pf. für Sporthemden.....Meter jetzt

Baumwoll-Musseln 58 Pf. helle Muster.....Meter jetzt

Façonné 88 Pf. Kunstseide mit Baumwolle, helle Modelfarben.....Meter jetzt

Waschseide 92 Pf. Kunstseide mit Baumwolle, moderne Tupfen, Meter jetzt

Kleider-Frotté 1²⁵ doppeltbreit.....Meter jetzt

Crêpe de Chine 1⁷⁵ Kunstseide mit Baumwolle.....Meter jetzt

Damen-Wäsche

Hemd hose 2⁹⁵ gestreifte Kunstseide mit Spitze.....

Unterkleid 2⁹⁵ feine Kunstseide.....

Nachthemden 2⁹⁵ Babiform, mit Sückerel.....

Pyjama 4⁹⁰ farbiger Batist, mit kurzen Ärmeln.....

Seidenstoffe 1⁶⁵ Bastseide naturfarbig, abgekocht, ca. 80 cm breit.....Meter jetzt

Bastseide 2²⁵ halbgelblich abgekocht, ca. 80 cm breit.....Meter jetzt

Crêpe de Chine 3⁸⁰ doppelt breit, reine Seide, moderne Farben..Meter jetzt

Bastbordüren 4⁷⁵ bestickt, ca. 130 cm breit.....Meter jetzt

Crêpe Georgette 5⁸⁰ reine Seide, gute Kleiderware, ca. 100 cm br. Meter jetzt

Ausserdem:

Preiswerte Angebote in

Glas * Porzellan * Wirtschaftsgartikeln

HERMANN TIETZ

Der Mordprozeß in Koburg.

Verhandlung in der früheren Gefängnisfirche.

Koburg, 16. Juli.

Es entbehrt nicht eines gewissen grotesken Beigeschmacks: In der ehemaligen Gefängnisfirche, wo sonst die Seelenhirten unter Berufung auf den himmlischen Richter die verirrten Seelen zur Einkehr mahnten, verantwortet sich Heine vor seinen Richtern. Das nach allen menschlichen Berechnungen zu erwartende Urteil dürfte, sofern es vollstreckt werden sollte, Heine Erscheinen vor dem himmlischen Richter beschleunigen.

Die Anklage, die auf Todesstrafe zielt, hat in dem Vorliegenden einen Richter, der sich die größte Mühe gibt, aus den mannigfaltigen Einzelheiten der Zeugenaussagen den Totbestand des Wortes herauszuschälen. Bei dem Angeklagten selbst hat er in dieser Beziehung wenig Glück. Das Ermahnen, die Wahrheit zu sagen, d. h. die Sache so darzustellen, daß unbedingt Mord herauskommt, hatte nur den einen Erfolg, daß der Angeklagte immer wieder behauptete, gar keinen Gedanken beim Schließen gehabt, traumhaft gehandelt und jedenfalls kein Tun nicht überlegt zu haben. Mag sein, daß es so war. Mag sein, daß er weiß, was auf dem Spiele steht. Juristisch lautet die Frage: Mord oder Totschlag?

Interessanter ist aber das psychologische Problem. Wie konnte dieser Mann, von dem keine Braut, keine zukünftigen Schmeigeltänzer, keine Arbeitskollegen, mit einem Worte, alle, die ihn kannten, nur Gutes auslegen, dieses Doppelleben führen — nachts Einbrecher, tagsüber redlicher Arbeiter. Und sie alle haben dieselbe Erklärung dafür: Varm. Man sah denn gestern auch nur für einen Augenblick diesen Mann mit dem brutalen Gesicht, und man verstand, daß er Heine beherrschen konnte. Varm aber, diesem schweren Jungen, wäre es im Traume nicht eingefallen, sich der Verhaftung durch die Erschießung von Beamten zu entziehen. Ein Berufsverbrecher weiß, was darauf steht. Heine war aber kein Berufsverbrecher: Er ist in Varms Verbrechermantel mit hineingerissen. Aus welchem Grunde, ist im Augenblick noch nicht ganz ersichtlich, vielleicht wird man beim Schluß der Beweisaufnahme sich darüber im Klaren sein. Das eine scheint schon jetzt unzweifelhaft: aus Selbsterhaltungstrieb ist er gewissermaßen abgerrt, er hatte sich in seiner Angst, verhaftet zu werden, in die Woe, das unter keinen Umständen zuzulassen, hineingerannt, so wurde er zum Varmkäufer und zum dreifachen Mörder. Man war fast enttäuscht, einen so kalten aussehenden Arbeiter vor sich zu sehen, von Romantikerromantik keine Spur. Nichts, was auf die Phantasie wirken konnte. Was trostlos nüchtern und erschreckend grauenhaft.

Der Mord in Plauen.

Im weiteren Verlauf des Prozesses gegen den Mörder Heine schilderte der Angeklagte, wie er nach Düsseldorf geflüchtet sei und sich dort mit Varm getroffen habe. Von hier aus hätten sie dann am 21. Dezember 1927 den Raubüberfall auf das Postamt in Ohligs verübt, wo sie 7000 Mark raubten. Auch hier arbeiteten sie mit schußfertigen Waffen und schossen einen Beamten nieder, der sich ihnen in den Weg stellte. Der Plan hierzu sei auch wieder von Varm ausgegangen, der vorher alle Postämter der Umgebung ausplündert hätte. Dann seien sie nach Garmisch-Partenkirchen und München gefahren, wo sich Heine noch einen Revolver und 100 Schuß Munition kaufte. Nach vorübergehendem Aufenthalt in Düsseldorf ging Heine wieder nach Jena zurück und von dort nach Plauen. Angeblich will er nicht geahnt haben, daß hinter ihm, dem ständisch Verfolgten, die Polizei schon hinterher war und daß man seinen Unterschlupf in Plauen ermittelt hatte.

So sei es ihm völlig überraschend gekommen, als eines Tages hinter ihm die Tür aufgerissen wurde und zwei Polizeibeamte herein-

traten. Nach seiner Behauptung hätte der erste, Kriminalkommissar Schmidt, sofort geschossen, denn er, Heine, habe den Blitzstrahl gesehen. Was dann geschehen sei, könne er wieder nicht sagen. Varm: Die Zeugen behaupten, Sie hätten sofort geschossen, während Schmidt nachweislich überhaupt keinen Schuß abgegeben hat, vielmehr wurde er von Ihren zielstrebigem Schüssen tödlich getroffen, warnte in das Schlafzimmer und brach dort in der Tür zusammen, während der Beamte Endlich schwer verletzt wurde. — Angekl.: Das weiß ich nicht mehr. Ich habe gar keine Gedanken mehr gehabt. — Varm: Sie haben dann mit dem zweiten Revolver in der Hand auf den dritten Beamten, der auf der Treppe wartete, geschossen, der das Feuer erwiderte und sich schließlich im Obergeschoss des Hauses auf die Lauer legte. Diesen Moment benutzten Sie zur Flucht, indem Sie durch das Fenster auf den Hof sprangen. Dann wandten Sie sich in die Coburger Gegend. — Angekl.: Jawohl. Bei Untersiemau merkte ich dann, daß ein Gendarmenbeamter mir aus dem Rad folgte. Ich wollte und konnte nicht fliehen und ließ ihn herankommen. Er fragte gleich, wo ich hinwollte und was ich ausgefahren hätte, wobei er die Waffe zog. Das ist der einzige Fall, in dem ich weiß, daß auch ich die Waffe gezogen habe, denn ich hatte Angst, er würde mich niederschließen. Wir kamen dann ins Ringen und dabei muß ich wohl geschossen haben. — Varm: Das haben Sie bestimmt getan, denn Sie haben ja den Gendarmenbeamten Scheier mitgeschossen. — Angekl. (leise): Ich will es nicht abstreiten, denn ich war

ein Entlaufener, der sich an einen Strohhalm klammerte.

— Weiter kam zur Sprache, wie nach dieser dritten Mordtat Heine noch von einem anderen Beamten angehalten wurde, mit dem er aus der Deckung heraus Schüsse wechselte, ohne daß die Kugeln auf beiden Seiten trafen. Die Aufforderung des Landjägers, sich zu ergeben, lehnte der Mörder mit höhnischen Worten ab und verschwand dann im Bangerwald, wo schließlich am 2. Februar 1928 dem Bachmeister Lohner von der Landespolizei Bamberg, die mit einem großen Aufgebot den Wald umzingelt hatte, die Festnahme des völlig heruntergekommenen Heine gelang. Der Vorfall betonte dabei, daß Heine auch hier noch im letzten Augenblick den Versuch gemacht habe, dem Beamten den Revolver zu entreißen, aber der Beamte habe rechtzeitig aufgepaßt, so daß die Verhaftung gelang.

Er hat nichts gewußt.

Nach einmal zusammenfassend über die Gründe seiner Handlungsweise befragt, erklärte Heine, daß er überhaupt nicht gewußt habe, was er tat, denn er habe während der Zeit seiner Raubzüge nicht geschlafen, habe zum Schluß auch gar nichts mehr zu essen gehabt, worauf ihm der Vorsitzende vorhielt, daß er bei seinem Aufenthalt in Garmisch-Partenkirchen und Plauen sehr wohl schlafen könne. Auf den Hinweis, daß er durchaus mit Ueberlegung, so mit einer gewissen Planmäßigkeit Beamte getötet habe, woraus sich auch der Vorwurf für seine Taten ergebe, erklärte Heine: Nein, ich habe überhaupt keine Ueberlegung, keinen Willen gehabt. Wenn der Moment des Zusammenstoßes kam, dann konnte ich nicht mehr überlegen, dann mußte ich nicht mehr, was geschah. — Justizrat Fraenck behielt sich im Zusammenhang hiernit die eventuelle Ladung des in Überfeld stehenden Varm als Zeugen vor. — Hierauf war die Vernehmung des Angeklagten Heine vorläufig beendet und es trat eine kurze Pause ein.

Die Beweisaufnahme.

Dann wurde in die Beweisaufnahme eingetreten und als erster Zeuge der von Heine schwer verletzte Kriminalbeamte

Schuhmann aus Jena vernommen, der wegen seines steifen, noch immer festbandagierten Beines in den Saal getragen werden mußte. Er schilderte, wie er gemeinsam mit seinem Kollegen Heß am 14. Dezember 1927 im Hause Mittelstraße 52 auf Heine gewartet habe, dessen Wirtin gar nicht glauben wollte, daß ihr Mieter, den sie als einen gutmütigen Menschen bezeichnet hatte, ein Verbrecher sein sollte. Heine hatte ihn und seinen Kollegen sofort mit sicheren Schüssen empfangen. Der Angeklagte blieb auch diesem Zeugen gegenüber bei der Behauptung, daß er nicht gewußt habe, was er tat. Die im Anschluß hieran vernommene Wirtin des Angeklagten in Jena die Frau eines Vermeisters Hädrich, bezeichnete den Angeklagten als einen guten, freundlichen und anständigen Menschen, der wohl etwas verschlossen gewesen sei, dem aber niemand zugetraut habe, daß er sich nachts als Verbrecher betätige. Ihre Aussagen decken sich mit denen des soeben vernommenen Kriminalbeamten Schuhmann. Ueber die Art und Weise, wie sich Heine nach seiner Verhaftung verteidigt hat, berichtete Staatsanwaltschaftsrat Pfeiffer-Jena, der bei dem Verhör Heine den Eindruck gewonnen hat, daß dieser sich vorher seine Befundungen sorgfältig zurechtgelegt hatte, unter dem Gesichtspunkt, entweder alles zu leugnen oder alles zuzugeben. Seine Andeutungen machte er auch davon abhängig, was Varm bei seiner Vernehmung zugegeben hatte. Wie die Beteiligung der beiden an den zahlreichen Einbruchsdiebstählen in der Jenaer Gegend gewesen sei, wäre jetzt noch nicht völlig klar. Man nehme an, daß Heine in den meisten Fällen nur eine Zuschauerrolle spielte.

Neujahrswünsche.

Von einem Beamten der Jenaer Kriminalpolizei wurde eine Anzahl von Briefen vorgelegt, die Heine zum Silvester 1926/27 aus Hildesheim an Freunde in Jena gerichtet hat, ferner ein Drohbrieff, den er einer Frau in Jena geschickt hatte, von der er annahm, daß sie ihn an die Polizei verraten habe. Dieser Brief lautete: „Hüten Sie sich im neuen Jahr, Sie haben uns verraten, der Lohn wird Euch gemäß sein. Wir müssen auch bald ins Gras beißen. Herzliche Glückwünsche zum neuen Jahr.“ Diese eigentümliche Zusammenstellung von Drohungen und „herzlichen Glückwünschen“ erregte bei allen Zuhörern im Saale die größte Heiterkeit.

In der Nachmittags Sitzung wurden zunächst die Jenaer Sachverständigen Prof. Giese und Assistentzargy Dr. Jorns über die Schußverletzungen gehört, die Heine den Kriminalbeamten Heß und Schuhmann zugefügt hat. Von Interesse war dann die Vernehmung der Mutter der Frau des Angeklagten, der Frau Claeske aus Jena. Sie hatte ihrer Tochter geraten, das Verhältnis aufzugeben, weil Heine so lange ohne Arbeit war und auch eine ihm angebotene Dauerstellung mit der Bewertung ablehnte, daß er es mit der Arbeit nicht so eilig habe, und arbeiten wolle. Er überhaupte nicht. Ihre Tochter habe aber nicht auf sie gehört. Nachdem er schon die Flucht wegen der Erschießung der Beamten ergriffen hatte, so erklärte die Zeugin, ist er noch einmal nachts nach unserem Haus gekommen. Mein Mann und ich hörten plötzlich, daß Behmklumpen an die Fenstergehäusen geworfen wurden und ein Schuß ertönte. Da meine Tochter nicht da war, gingen wir beide hinunter, sahen aber zunächst niemanden, bis schließlich von einem Feld in der Nähe des Hauses eine Stimme ertönte: „Ich tue euch nichts, ich bin Hans.“ Mein Mann rief ihm zu: „Mit uns ist es Schluß.“ Darauf rief Heine wieder zurück: „Es steht schlimm mit mir, am liebsten möchte ich mir eine Kugel durch den Kopf schießen. Die Polizei ist hinter mir her, aber ich bin gut gesichert.“

Die Nacht nach dem Verrat.

Roman von Liam O'Flaherty.

(Aus dem Englischen übersezt von R. Hauser.)

Katie hielt ihr leeres Glas mit dem Boden nach unten in der Hand, ihre blauen Augen waren fast geschlossen, wie sie ihn ansah.

„Na, was ist los mit dir, Kindchen?“ Durch den Gin war sie frech geworden. „Warum soll ich mich nicht hier aufhalten, wenn's mir paßt? Mir hat keine wohlthätige Anstalt Stundenlohn dafür bezahlt, daß ich Euer Wohlgeborenen aus dem Weg gehe, wenn es dem hohen Herrn beliebt, hier in der Kneipe zu sitzen. Haha, da gib's kein Befehl, daß ich nicht um die Zeit in das Bierlein kommen dürfte, oder...?“ Im Sprechen redete sie sich in Wut. Sie hatte eine Ahnung, daß Gypo etwas Wichtiges vor ihr verbar und daß ihr Erscheinen in diesem Augenblick ihr irgendeine Macht über ihn verlieh. Diese besondere Einbildungskraft der Frau aus dem Südens konnte zwar unter die Oberkraft von Gypos Befehlen dringen, war aber nicht imstande, ihre wahre Natur zu erkennen. Mit der Linken schob sie ihren Mantel zurück und legte den Handrücken unterm Herzen auf ihre rötliche, zerfranste Bluse. Wie dürr war ihre Brust!

„Na, Katie.“
Augenblicklich unterbrach sie ihn. Sie hatte nur darauf gewartet, daß er zu sprechen begann, damit sie ihn unterbrechen konnte. Sie war glücklich, wenn man ihr auf diese Art Belegenheit gab, Krach zu machen.

„So mach' man weiter, Dreckfack. Ich kenne dich, jawoll. Gut bist du bloß, wenn du nichts hast. Aber sobald du dich selber riechen kannst, wenn du vollgeessen bist und mit dem Geld in den Lumpen Kumpert, trägt dir die Nase in der Luft und riecht keinen an. Weißt du, was ich dir jetzt sagen werde? Weißt du das? Du bist ein ganz gemeiner verstümmelter und verlogener Schuft, jetzt weißt du, was du bist. Von mir brauchst du von jetzt ab nichts mehr zu erwarten, mein feiner Käfer. Probier's nicht erst, helfen tat's doch nichts.“

Gypo wurde nervös und rückte seinen mächtigen Leib zur Seite. Am liebsten hätte er seine Linke fliegen lassen und sie ihr auf den Kopf geschlagen. Ein leichter Schlag hätte sie bewußtlos umgelegt. Aus einer Art von merkwürdig ritter-

lichem Gefühl heraus aber hatte er niemals eine Frau geschlagen. Trotzdem hatte er sie schrecklich satt. Jetzt, wo er das Geld bei sich trug, immer noch ohne Entschluß, was er damit tun sollte, wollte er sie los sein.

„Nergersch! Ichrie er sie an: „Hall's Maul, oder ich schlag dich tot. Hab' ich nicht einen für dich ausgegeben?“ Abschwächend fügte er hinzu: „Willst du noch einen?“

Immer noch starrte Katie ihn an. Plötzlich kam eine Veränderung über sie. Irgend etwas drängte sich in ihren sonderbaren Gedankengang, sie änderte die Haltung.

Mit leiser, trauriger Stimme, die Unterlippe herunterhängend, fuhr sie fort, wie jemand, der durch dauerndes Unglück vollkommen vernichtet und gänzlich gelähmt ist: „Mach dir nichts aus dem, was ich da eben gesagt habe, Gypo. Bei Gott dem Allmächtigen, das Leben ist so hart, daß einer den Verstand verlieren möchte. Elend, Elend, Elend und nichts als Elend. Du steckst genau so tief im Dreck, Gypo, du weißt ja auch Bescheid. Mit uns hat keiner Mitleid. Segen uns hebt jeder die Hand auf, weil wir nichts haben. Kannst du mir sagen, Gypo, warum das so ist? Ist Gott selber gegen uns? Haha, wir waren ja beide Mitglieder bei der Organisation, also wissen wir ja, daß es Gott nicht gibt. Aber nimm mal an, es gäbe Gott, was zum Teufel macht er eigentlich...?“

„Hör' auf mit dem Gerede. Laß Gott in Ruhe.“
„Gott verzeih' mir, du hast recht.“

Katie fing an zu schluchzen, riß sich aber sofort mit erstaunlicher Geschwindigkeit zusammen und wandte sich scharf an Gypo. Ihre Augen verengten sich, ein Lächeln, das seltsam und unheimlich war, ließ über ihr Gesicht. Es brachte eine Spur von Schönheit in dieses Gesicht zurück, von Schönheit und von Heiterkeit. „Erzähl mal, wo du das viele Geld her hast, Gypo. Heute früh hast du noch keins gehabt.“

Unwillkürlich fuhr Gypo zusammen und sah sie entsezt an. Er strengte sich maßlos an, für seinen plötzlichen Reichtum eine Entschuldigung zu finden. Er schäumte innerlich vor Wut darüber, daß er noch keinen Plan gemacht hatte. Im Unterbewußtsein suchte er McPhillip, den er selber in den Tod geschickt hatte. Mit steifen Augen und geöffneten Lippen sah er Katie an. Dann beugte er sich zu ihr in dem Versuch zu sprechen, brachte aber nichts heraus.

Sie mißverstand das. „Ich mußte ja, daß was vorgekommen war. Hast du 'ne Kirche ausgeraubt oder was und

bist nun hange, daß dich die Priester in 'ne Ziege verwandeln?“

„Sei still,“ zischte er plötzlich. Er griff das Wort „Rauben“ auf und zimmerte sich einen Plan daraus. Es war ein vertrautes Wort, ein freundliches Ding, ihm wohlbekannt, bei dem er sich zu Hause fühlte.

Mit zuckendem Gesicht bog er sich vor, begierig, die Worte seines Planes auszustößen, bevor er sie wieder vergessen hatte: „'ne Kirche war es nicht, es war ein Seemann von 'nem Amerikadampfer. In Deromeestreet, hinter Cassidy's Kneipe hab' ich ihn hochgenommen. Aber wenn du eine Silbe sagst, dann weißt du, was dir passiert.“

Katie lachte laut heraus und sah mit betonter Berachtung über die Schulter zu ihm zurück: „Wer, ich? Für was hältst du mich? 'nen Spiegel oder wofür?“

„Wer ist 'n Spiegel?“ Mit seiner Linken packte er ihr rechtes Knie. Seine enorme Hand schloß sich um den gebrechlichen Knochen, das ganze Bein wurde augenblicklich steif. Ihr ganzer Körper schrumpfte unter dieser riesigen Kraft zusammen.

Einen Moment herrschte Stille. Gypo stierte Katie mit einem Ausdruck von blöder Furcht an. Das Wort hatte ihn erschreckt und wütend gemacht. Zum erstenmal hatte er es in dem neuen Sinn ausgesprochen hören, den es jetzt für ihn hatte. Durch sein Gesicht hypnotisiert, leuchtete sie und sah ihm zu.

„Was redest du über Spiegel?“ Keuchend umklammerte Gypo ihre Knie noch fester. Er wollte ihr nicht wehtun. Er wollte nur seinen Worten Nachdruck geben.

„Laß mich gehen!“ schrie Katie, unfähig, den Schmerz noch länger auszuhalten, entsetzt durch den Ausdruck in Gypos Gesicht und durch sein seltsames Benehmen.

Gypo ließ sofort los. Der Barmann kam herüber, seine Hände an der Schürze abwischend. Er zeigte nach der Tür. Gypo kam auf die Füße und starrte den Barmann an, froh, einen Mann vor sich zu haben, gegen den seine blinde Wut sich richten konnte. Er senkte den Kopf und wollte vorwärts stürzen, da klammerte sich Katie an ihn an und schrie: „Komm, Gypo, komm, wir wollen hier fort. Laß ihn, Barney, er hat ein bißchen schwer geladen. Er wollte keinem was tun. Komm, Lieblich.“

Gypo ließ sich an der rechten Hand nach rückwärts auf die Straße ziehen. Gemeinsam standen sie am Rumpstein, Kates Arm war eingehängt in seinen. (Fortf. folgt.)

Unter allgemeiner Spannung wurde dann die Braut Heins,

Heinwig Gläsecke, aufgerufen, die bleich und wandelnd dem Saal betrat. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte sie, daß sie sich als seine Verlobte betrachte, daß sie aber ihre Aussage machen wolle. Sie habe Heins dadurch kennengelernt, daß er in Jena demselben Sportverein beitrage, in dem auch ihr Vater war. Bis zu der Zeit, als Barm nach Jena kam, habe Heins immer gearbeitet und sich nie vor Arbeit gescheut. Lustig sei er nie gewesen, sondern habe eher zur Schwermut geneigt, sei aber auch jähzornig und aufbrausend gewesen. Mit dem Eintreffen Barms habe sich dann auch sein Verhalten und sein Charakter sehr geändert. Als sie sich wunderte, daß er trotz seiner Arbeitslosigkeit später über Geldmittel verfügte, habe Heins ihr erklärt, er werde vom Hause aus und politisch unterstützt und verdiene auf diese Weise Geld. Wäre ich später in Jena gewesen, dann wäre alles anders gekommen, so erklärte das Mädchen mit tränenerfüllter Stimme. Auf mich hätte er gehäut, und ich hätte veranlaßt, daß er sich gestellt hätte. Vorj.: Das wäre auch besser gewesen, dann wäre es zu den anderen Sachen nicht mehr gekommen. — Ein ehemaliger Freund des Heins, der Arbeiter Fische, gab an, daß er immer einen guten Eindruck von Heins gehabt habe, bis dieser, anscheinend unter dem schlechten Einfluß Lorenis sehr merkwürdige Aeußerungen gethan habe.

Heins Komplize!

Zur allgemeinen Ueberraschung teilte dann der Vorsitzende mit, daß der Helfer Heins, Barm, der augenblicklich in Weimar in Untersuchungshaft untergebracht ist, im Laufe des Tages nach Rorb gebracht worden sei und nun vernommen werden solle. Zwei Polizeibeamte führten ihn unter allgemeiner Bewegung in den Saal. Barm, der Ketten um die Handgelenke trug, ist ein junger, dünn aussehender Mann, dem man einen verbrecherischen Einfluß auf den viel harmloser aussehenden Heins durchaus zutrauen kann. In dem Augenblick, als Barm, der sich ungeniert im Saal umblühte, an der auf der Zeugenbank sitzenden Braut Heins vorbeiging, schrie diese gellend auf und wollte sich mit erhobenen Händen auf ihn stürzen, da sie ihn für den Verführer ihres Bräutigams hält. Polizeibeamte warfen sich dazwischen und drängten das Mädchen zurück, während Barm ängstlich zurückprallte und dann unter dem Schutz der Polizeibeamten unmittelbar vor dem Richtertisch Platz nahm.

Ein Zwischenfall.

Der Vorsitzende rügte das Verhalten des Fräulein Gläsecke und erklärte: Lassen Sie doch dieses Theater, das macht absolut keinen Eindruck auf uns. Wir hatten das nicht für echt. Wenn Sie nicht ruhig sind, dann müssen Sie den Saal verlassen. Justizrat Fraenkl: Ich darf mir wohl die Bemerkung erlauben, Herr Vorsitzender, daß das Verhalten dieser Zeugin doch immerhin menschlich begreiflich ist, denn... Vorj. (scharf unterbrechend): Herr Vorsitzender, ich verbitte mir jede Kritik an meiner Prozeßführung. Justizrat Fraenkl: Das sollte keine Kritik sein, sondern... Vorj. (noch scharfer unterbrechend): Ich verbitte mir das ein für allemal. Justizrat Fraenkl (gleichfalls erregt): Und ich bitte, nicht in diesem Tone mit mir zu sprechen. Vorj.: Ich schlage nur denselben Ton an wie Sie. Justizrat Fraenkl: Ich bitte, mich nicht so anzuschreien, ich bin nicht Ihr Untergebener. Vorj.: Ich habe Ihnen das Wort nicht erteilt. Sie haben nicht in meine Prozeßführung einzugreifen.

Mord in einem Forsthaus.

Der Täter entkommen!

Ein schweres Verbrechen wurde am Sonntag abend gegen 11 Uhr in der Försterei Hirschgrund bei Krauselche in der Neumark entdeckt.

Bei dem Förster waren als Hausmädchen die 26 Jahre alte Felene Barhard und als Kutsher der am 2. Juni 1900 in Neu-Rabzonkau im Kreis Beuthen geborene Robert Wiedera in Stellung. Beide unterhielten seit einiger Zeit ein Liebesverhältnis. Bei der Heimkehr fand der Hausherr die Barhard mit zertrümmertem Schädel und mehreren Schußverletzungen tot auf. Der Kutsher war verschwunden. Es wurde festgestellt, daß er einen Schreibruch ausgebrochen, 50 R. und eine Browning, Kaliber 635 Millimeter, daraus gestohlen hatte. Ob das Mädchen ihn beim Diebstahl überrascht hat oder ob er sie beseitigt hat, weil er ihrer Überdrüssig war, ist noch unklar. Nach der Tat schlüpfte er auf einem ebenfalls gestohlenen Damenradrad Marke „Presto“. Am Montag morgen wurde Wiedera nach in Bad Schönfließ in der Neumark gesehen. Wohin er sich von dort gewandt hat, steht noch nicht fest. Man vermutet, daß er versuchen wird, nach Stettin oder Berlin durchzukommen, sich falsche Papiere zu besorgen und dann die Grenze zu überschreiten. Der Verfolgte ist 1,88 Meter groß, hat blondes Haar und trägt zuletzt neuen dunkelblauen Anzug, grünen Hut und schwarze Schuhschuhe, an denen das Oberleder defekt ist. Ein besonderes Kennzeichen ist ein auf einem Handrücken tätowiertes „R“. Mitteilungen über das Auffinden des Mörders nimmt in Berlin Kriminalrat Gennat, Inspektion A., im Polizeipräsidium entgegen.

Parteifest in Köpenick.

Der Kreis Köpenick hatte am Sonntag seine Mitglieder zu einem Parteifest eingeladen. Das Lokal Wendenhof, war mit roten Fahnen und Bannons reich geschmückt. Trotz der furchtbaren Hitze hatte sich auch eine Menge Genossen mit ihren Angehörigen aus den benachbarten Kreisen eingefunden. Die Kinderfreunde sorgten für das Amusement der Kleintnen. Die roten Falken zeigten Volkstänze. Männerchöre und gemischte Chöre hatten den musikalischen Teil übernommen. Es war alles in allem ein richtiges proletarisches Fest wie es sein soll. Genosse Stelling, M. d. R., erwähnte in kurzen Worten die bevorstehende 50. Wiederkehr des Tages, an dem das Sozialistengesetz erlassen wurde. Aber trotz allen Bemühungen des alten Regimes hat sich die Sozialdemokratie etabliert und ist von Sieg zu Sieg geschritten. Nachdem jetzt Männer von der Partei sich entschlossen haben, die Verantwortung in der Regierung zu übernehmen, muß die Partei noch mehr als früher auf ihre innere Geschlossenheit achten. Nur durch Geschlossenheit nach innen und außen können wir vorwärts kommen und dem endgültigen Siege entgegen gehen. Die Menge stimmte begeistert in ein dreifaches Hoch auf die völkervereinende Sozialdemokratie ein. Spontan wurde die Internationale angestimmt und auf die Spree hinaus Klang es begeistert: „Völker, hört die Signale“. Bis in den späten Abend waren die Genossen beisammen, sie werden sicher noch lange an das gelungene schöne Fest denken.

Zwei Millionen Buchungen beim Berliner Postbediensteten sind in den ersten drei Monaten des Juli ausgeführt worden. Die Spigenleistung war am 3. Juli mit mehr als 700 000 Buchungen. Die Leistungen sind sämtlich am Tage des Eingangs erledigt worden, Rückstände sind an keinem Tage vorliegen. Dieser Verkehrsumfang ist bisher noch bei keinem Monatswechsel erreicht worden.

Die Münchener Zugkatastrophe.

Wahrscheinlich ein Signal-Irrtum der Fahrleitungsleitung.

Die Untersuchung, die von der Staatsanwaltschaft zur Ermittlung der Ursache der furchtbaren Zugkatastrophe am Münchener Hauptbahnhof eingeleitet ist, ist noch im vollen Gange. Die Kriminalpolizei ist gegenwärtig noch mit der Berechnung des Fahrleitungspersonals und der Blockwächter des Münchener Hauptbahnhofes beschäftigt. Neben dieser Untersuchung gehen die Ermittlungen der Reichsbahndirektion, die mehrere Sachverständige an die Unfallstelle geschickt hat. Wenn das endgültige Ergebnis der Untersuchung auch noch nicht feststeht, so ist das Unglück aller Wahrscheinlichkeit nach auf einen Irrtum des Fahrleitungsleiters zurückzuführen, der vom Münchener Hauptbahnhof aus der vor dem Bahnhof befindlichen Blockwächterstelle versehenlich die Meldung mittels Signale gegeben hat, daß die Strecke frei sei, während in Wirklichkeit der zuerst abgegangene Zug noch nicht lange genug vom Bahnhof entfernt war.

Wie dieser Irrtum möglich gewesen ist, wird sich erst durch die eingehende Berechnung des Blockwärters und Fahrleitungspersonals klären lassen. An und für sich wird die Strecke, auch wenn ein Zug durch Rothreife zum Halten gebracht wird, sofort „blockiert“, d. h. durch rotes Licht gesperrt, und die Signale zur Weiterfahrt des nächsten Zuges können erst gegeben werden, wenn die Fahrsperrung wieder automatisch ausgelöst worden ist. Diese Signalisierung erfolgt wenigstens allgemein auf freier Strecke. Durch welche Umstände innerhalb des Bahnhofes die falschen Signale gegeben worden sind, und warum sich der Fahrleitungsleiter nicht überzeugt hat, ob die Strecke wirklich frei ist, wird

erst durch den endgültigen Bericht der Reichsbahndirektion festgestellt werden. Auf Grund der an den Einrichtungen des Münchener Hauptbahnhofes, besonders von der Münchener Presse geübten Kritik wird von der Hauptverwaltung der Reichsbahn darauf hingewiesen, daß der Münchener Bahnhof nicht mehr zu den modernsten Anlagen zu rechnen sei, und daß auch sicherlich, wenn nicht Krieg und Inflation dazwischen gekommen wären, ein Umbau vorgenommen sein würde. Bei ordnungsmäßiger Durchführung der Signale und Fahrvorschriften würde sich aber trotzdem, wie ja die vergangene Zeit zeige, ein Unglück vermeiden lassen.

Die Aufräumungsarbeiten

auf der Strecke dauerten noch bis in die späten Abendstunden an. Inzwischen sind drei weitere Lote rekonstruiert worden, und zwar der Polizeidirektor, Dr. Kirchleiner, von der Landespolizei Augsburg, der Architekt Hans Port aus Augsburg und die Angestellte Fräulein Adelheid Erdl aus Augsburg. Die übrigen drei Lote konnten bisher nicht identifiziert werden. Das Befinden der in den Krankenhäusern liegenden Verletzten hat sich bisher glücklicherweise nicht verschlechtert, auch sind weitere Todesopfer nicht zu beklagen. Die Meldung, daß drei Beamte, und zwar der Obersteuermessemeister Schneider, der Bahnarbeiter Hecht und der Oberweichenwächter Schall auf Veranlassung der Münchener Staatsanwaltschaft vorläufig festgenommen worden und dem Untersuchungsrichter angeführt worden sind, trifft, wie wir von der Hauptverwaltung der Reichsbahn hören, nicht zu. Die genannten Beamten sollen lediglich zur Durchführung der Untersuchung und ihrer Berechnungen ins Polizeipräsidium gebracht sein.

Während der Ferien- und Reisezeit

Kann der „Vorwärts“ und der „Abend“ auf jede Dauer allerorts bezogen werden.

Touristen und Wanderer

fordern das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei den Bahnhofsbuchhandlungen, Zeitungs-Kiosken, Buchhandlungen und sonstigen Verkaufsstellen.

Sommerfrischler

lassen sich den „Vorwärts“ bei einer Aufenthaltszeit bis zu einer Woche per Kreuzhand nachsenden. Das Porto beträgt wochentags 10 Pf., Sonntags 15 Pf. (pro Woche 70 Pf.). Bei längerem Aufenthalt ist der „Vorwärts“ auf dem billigeren Wege der Postüberweisung zu beziehen, welche die Hauptexpedition vornimmt. In diesem Falle kommen zu dem Abonnementbetrage die Postbestellgebühren von 75 Pf. pro Monat. Wann Nachsendung der Zeitung gewünscht wird, ist die in Frage kommende Ausgabe oder die Hauptexpedition des „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, möglichst eine Woche vorher zu benachrichtigen.

Laubenzolonisten

wird der „Vorwärts“ durch Boten zugestellt. Genaue Bezeichnung der Laube ist jedoch erforderlich.

Vorwärts-Verlag Berlin SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Dönhof 292-297

Gerüchte um ein Sittlichkeitsdelikt.

Das Verbrechen an einer Achtjährigen.

Ein schweres Sittlichkeitsverbrechen, das an der 8 Jahre alten Gerda S. am vergangenen Sonnabend verübt wurde, ist Gegenstand einer eingehenden Untersuchung durch die Kriminalpolizei. Sie stellt aber keine Sonderermittlung dar. Seit dem Verschwinden der Schülerin Elli Reinfeldt im Dezember v. J. wird jedes Sittlichkeitsverbrechen oder Vergehen, das von den Dezernaten der Inspektion E. bearbeitet wird, daraufhin geprüft, ob der Täter, sei er nun verhaftet oder nicht, für das Verbrechen an Elli Reinfeldt ebenfalls in Betracht kommen kann. So wurden erst kürzlich drei Männer festgenommen, die sich an kleinen Mädchen vergangen hatten. In der gleichen Weise wurde mit dem am Sonnabend verhafteten Agenten K. verfahren. Weber bei ihm noch bei den drei vor ihm Festgenommenen hat sich bisher irgendein Anhaltspunkt für die Täterschaft im Falle Reinfeldt ergeben.

K. hat seine letzte Wohnung, in der er das Kind mißhandelte, erst im Mai d. J. bezogen. Eine genaue Durchsuchung seines Zimmers und seiner Besitztümer hat nichts Verdächtiges zutage gefördert. Als Sittlichkeitsverbrecher ist er bisher auch noch nicht aufgetreten. Im Oktober v. J. wohnte er bei einer alten Frau in der Wittenwalder Straße. Weil er die Miets nicht zahlen konnte, packte er eines Tages heimlich seine Sachen und „rückte“. Einige Zeit später erschien ein Freund von ihm bei der Wirtin und schwindelte ihr vor, daß K. „sich erschossen“ habe. Seit dieser Zeit will K. sich als Agent in verschiedenen anderen Städten aufgehalten haben. Die Nachprüfung dieser Angaben ist noch nicht abgeschlossen.

Schwere Verkehrsunfälle.

Zwei Tote — zahlreiche Schwerverletzte.

Im Laufe des Sonntages ereignete sich eine Reihe von schweren Verkehrsunfällen, bei denen zwei Personen getötet und 16 zum Teil schwer verletzt wurden. In der Grünauer Straße in Köpenick stieß der 63jährige Waser Albert Schubert, Mariannenplatz 22 wohnhaft, mit seinem Motorrad mit einem Auto zusammen. Der Motorfahrer wurde auf der Stelle getötet. Das Auto geriet bei dem Zusammenstoß auf den Bürgersteig, fuhr gegen einen Baum und wurde zertrümmert. Drei Insassen und der Chauffeur wurden schwer verletzt und wurden ins Krankenhaus gebracht. — In der Westfäler Straße in Reinickendorf fuhr der 27jährige Kaufmann Ernst Schud aus der Hennigsdorfer Straße 14 mit seinem Motorrad gegen eine Feuer-Schwerverletzung wurde Schud in das Köpenicker Krankenhaus gebracht, wo er kurze Zeit nach der Einlieferung an den Folgen eines Schädelbruchs starb. — Weiterhin ereigneten sich in der Paul-Singer-Straße, in der Kaiserallee in Zehlendorf und anderen Stadtteilen Zusammenstöße zwischen Autos und Motorrädern, wobei insgesamt zwölf Personen verletzt wurden und zum Teil in Krankenhäuser übergeführt werden mußten.

Zu Ausschreitungen kam es gestern abend gegen 10 Uhr am Schloßlichen Bahnhof, wo sich anfänglich der Rückkehr der Umzellierten etwa 2500 Personen angesammelt hatten. Als ein Motor-Frontkämpfer erklärte, daß die Umzellierten erst am Dienstag in Berlin eintrifften, fehlte ein Gedränge ein, in dessen Verlauf es zu einem

Handgemenge mit der Schupo kam. Von den Demonstranten wurden Steine und Fieseln gegen die Beamten geschleudert. Es wurden mehrere Schredschüsse abgefeuert. Ein Mann und eine Frau wurden wegen Widerstandes zwangsgestellt und der Abteilung Ia zugeführt.

Zur „Italia“-Katastrophe.

Internationales Ehrengericht über Robile gefordert.

Kopenhagen, 16. Juli.

In der Zeitung „Politiken“ äußert sich der Polarforscher Peter Freuchen zu der Frage, wer Robile richten oder freisprechen sollte und fordert die Einsetzung eines internationalen Ehrengerichts. Er führt u. a. aus, daß Dr. Malmgreen vom Standpunkt des Polarforschers aus gesehen, das wertvollste Mitglied der Expedition gewesen sei. Die unklaren Berichte Robiles über die Vorgänge im Lager seien nicht dazu geeignet, in der Öffentlichkeit Vertrauen zu erwecken. Es sei aus letzteswegs geklärt, ob Dr. Malmgreen nicht etwa im Streit über das Verhalten Robiles das Lager auf dem Eise verlassen habe. Wenn die beiden andererseits als Fremde voneinander geschieden seien, könne man nicht begreifen, warum Robile es zugelassen habe, daß ein Mann mit einem gebrochenen Arm und ohne Waffen sich in die furchtbaren Gefahren begab. Robile selbst habe in seinem Bericht angedeutet, daß Malmgreen mit Selbstmordabsichten umgegangen sei. Diese Vorgänge forderten eine Aufklärung, jedoch nicht durch Robile und Itallen, sondern vor einem internationalen Forum. Das internationale Ehre- oder Schiedsgericht sollte natürlich nicht eingeleitet werden, um zu strafen, sondern um aufzuklären. Man müsse folgende Fragen stellen: 1. War die „Italia“ für den Polarflug geeignet? Diese Frage sei von herzogtümlicher deutscher Luftschiffbauherrenvereine verneint worden. 2. Waren Robiles Maßnahmen nach der Katastrophe einwandfrei, so u. a. sein Verlassen der Mannschaft auf dem Eise? 3. Hat Robile durch seine unklaren und widersprechenden Berichte eine Gefährdung der Hilfs-Expedition verursacht?

Wenn im nächsten Jahre die Polarforschung im großen Maße wieder aufgenommen werden sollte, so müsse das Mißtrauen und der Unwille der Öffentlichkeit gegen solche Unternehmungen vorher beseitigt werden.

Ischuknowskis Rettung.

Doko, 16. Juli.

Wie aus Spitzbergen bestätigt gemeldet wird, befinden sich der russische Flieger Ischuknowski und seine Begleiter (sowie die von der „Braganza“ aus zu ihrer Entzuegung entlandene Italiener an Bord des Eisbrechers „Kraffin“. Der Eisbrecher soll jetzt nach der Advents-Bay zurückkehren, um die Geretteten abzuliefern und Achten einzunehmen. Nach einer anderen Meldung will der russische Eisbrecher vorher noch nach der Leiche Dr. Malmgreens suchen. — Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der russische Flieger Ischuknowski kurz nach seinem Eintreffen an Bord des Eisbrechers „Kraffin“ dem Expeditionsleiter einen Bericht erstattet. Danach hat er während seines Aufenthalts auf dem Poleds nach Malmgreens Leiche gesucht, diese jedoch nicht gefunden. Nach den Ortsbeschreibungen Jappis sei die Leiche nicht aufzufinden. In der ganzen Gegend habe man keine Spuren von Menschen wahrgenommen. Es wird daher angenommen, daß die Leiche Malmgreens auf einer Eishölle in unbestimmter Richtung abgetrieben worden ist. Die Sowjetregierung hat für die Durchführung der Hilfs-Expedition weitere 50 000 Rubel bewilligt.

Die „Ermordete“ als Retterin.

Beinahe unschuldig hingerichtet.

New York, 16. Juli.

Wie aus Atlanta (Georgia, Vereinigte Staaten) gemeldet wird, wurden zwei angebliche Mörder, George Eder und Louise Butler, in letzter Stunde vor der Hinrichtung bewahrt. Beide waren zum Tode verurteilt worden, weil sie angeblich ein junges Mädchen erschlagen hatten. Kurz vor ihrer Hinrichtung erschien aber die „Ermordete“ plötzlich auf der Bildfläche, in daß die beiden Todesandidaten freigesprochen werden mußten.

Beleuchtungsanstalt. Die Bibliothek ist in den Sommermonaten von Freitag von 1/2—1/2 Uhr abends geöffnet.

Den reizvoll schimmernden Glanz des Haares erhält man durch **Picavon**

Schwenk im Briefelang.

In die Mitte eines jeden Jahres stellt die „Jungsozialistische Vereiningung SPD.“ ein Fest, das als ein symbolisches Zeichen zwischen alter und neuer Arbeit stehen soll. Dieser Gemeinschaft junger Sozialdemokraten gelingt es, Feste zu gestalten, die in ihrer Art vorbildlich sind.

Diesmal war das idyllische Briefelängchen der Jugendherberge im Briefelang zum Festplatz ausersehen. Auf ihm vereinigten sich schon am Sonnabend einige Hundert junge Sozialisten aus Berlin, zu denen sich die Arbeiterjugend aus Spandau und Briefelang gesellten. Als der letzte rote Schein der Abendsonne erlosch und die ersten Sterne funkelten, loberte am Ufer des kleinen Rumpfenes ein Holzstap auf, in dessen Fetterschein der Wiener Todesopferer vom 15. Juli gedacht wurde. Franz Kepinski von der Reichsleitung hielt hier — nach dem von Werner Unter ergründend gesprochenen Prolog „Proletarier erschlagen...“ — eine prägende Gedenkrede, die in dem Gedächtnis der Jungsozialisten auslang, für die Sozialdemokratie zu arbeiten und ihr die Treue zu halten bis zum letzten Atemzug.

Am anderen Morgen zogen neue Scharen mit wehenden roten Fahnen und dem Gelang aller Kampfkrieger auf das Gelände. Erfreulich, daß auch nicht wenige der älteren Genossen der Einladung zum Besuch der Veranstaltung gefolgt waren. Die im doppelten Sinn sonnigen Stunden des Sonntags vergingen wie im Flug. Ihren Höhepunkt bildete die von Schöneberger Jungsozialisten verfaßte und gepfeifte Revue „Schwarzweißrotgold“ — ein Spiel um den brauen Soldaten Schwenk dessen ehernes Pappmonument bei dieser Gelegenheit feierlich enthüllt wurde. Das stangebundene, nun aufsteigende Heiterkeit getragene Spiel der Rollen spielte den Beifall des vergnügten Publikums im grünen Parkett.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Achtung, Funktionäre und Revisoren! In einer größeren Anzahl Abteilungen sind leider noch immer Wahlmarken und Sammelzettel abzurechnen. Wenn dieses Material hier nicht bis Donnerstag, den 18. Juli, abgegeben ist, müssen wir leider die einzelnen künftigen Abteilungen hier an dieser Stelle wieder veröffentlichen.

- 1. Kreis Friedrichsberg, Wahltag, Ehrenmitglied Mittwoch, 18. Juli, 17½ Uhr, bei Ringe, Danziger Str. 71. ...

Heute, Dienstag, den 17. Juli:

12. 17. 17½ Uhr an der Gabelung zum Familienaufstieg des Steins nach Langel, ...

Morgen, Mittwoch, den 18. Juli:

- 14. 18. 17½ Uhr wichtige Sitzung des Elternbeirats der 1. und 2. Gruppe bei Ringe, Danziger Str. 71. ...

Frauenveranstaltungen:

- 21. 18. 17½ Uhr bei Dampferfahrt am Freitag, 1. August, nach Waltersdorf ...

Jungsozialistische Vereiningung:

Gruppe Tempelhof/Reichenberg: ...

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde:

Gruppe Steglitz: ...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

15. 17. 17½ Uhr unter dem Vorsitz von ...

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Dienstag, 19½ Uhr:

Abteilung: ...

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgebung...

Wissenschaftliche Betriebsführung.

Kapital gegen Fortschritt.

Seit einigen Jahren spricht und schreibt man auch in Deutschland viel von wissenschaftlicher Betriebsführung, die man kurz auch Rationalisierung nennt. Aber was versteht der landläufige deutsche Unternehmer darunter? Erhöhung der Leistung des Arbeiters unter gleichzeitiger Herabsetzung des Lohnes. Das ist im Effekt das Gegenteil einer wissenschaftlichen Betriebsführung, falls dem Unternehmer gar nicht ein.

Was ist wissenschaftliche Betriebsführung? Die methodische Ausschaltung jeder falschen Anwendung oder Verschwendung von Zeit und Kraft im Arbeitsprozeß und die Harmonisierung von Erzeugung und Verbrauch. Die Arbeit muß also vereinfacht, erleichtert, die Arbeitszeit herabgesetzt, der Verbrauch — durch Lohnsteigerung und Preisherabsetzung — gesenkt, der gesteigerten Produktion angepaßt werden. Das ist der Kern der Lehren Taylors, der ja der eigentliche Begründer der wissenschaftlichen Betriebsführung ist.

Das Internationale Arbeitsamt, unter der unermüdeten, optimistischen Initiative seines Direktors, hat es unternommen, eine Erhebung über die wissenschaftliche Betriebsführung in Europa zu veranstalten, deren Ergebnis jetzt in deutscher Sprache vorliegt. Es ist bezeichnend — sagen wir ruhig: beschämend — daß die bescheidenen Kosten dieser Erhebung von Amerikanern getragen wurden, wie es nicht minder beschämend ist, daß das vom Internationalen Arbeitsamt ins Leben gerufene Internationale Rationalisierungsinstitut mit Hilfe derselben Amerikaner (Xth Century Fund, dessen bekanntestes Mitglied Filene ist) aus der Taufe gehoben und lebensfähig gemacht wurde. Ist es schon merkwürdig, daß Deutschland nicht dem Internationalen Komitee für Rationalisierung angehört, so wollen wir doch hoffen, daß die Reichsregierung nicht mehr zögert, die Kapalle von 40000 M. auszumachen, nicht nur um als stiftendes Mitglied dem Rationalisierungsinstitut beizutreten, sondern um dort mitzuarbeiten und die Ergebnisse für die deutsche Wirtschaft zu verwerten. Obwohl der Verfasser des vorliegenden Buches, der zugleich die Erhebung vornahm, sich schäme die Mühe gibt, die Unternehmer nicht zu belasten, ist das Ergebnis der Erhebung geradezu vernichtend für die Unternehmung. Hier nur einige Zitate:

„Aus sämtlichen Ländern Europas wurde uns berichtet, ... daß es häufig an der mangelnden Ausbildung der Arbeiter liegt, wenn sie die Methoden der Rationalisierung nicht eingehender studieren und die überlieferten Gewohnheiten nicht überwinden können.“

*) Wissenschaftliche Betriebsführung in Europa. Von Paul Deminat. Preis 4 M. Zu beziehen durch das Internationale Arbeitsamt, Amt Berlin, Scharnhorststraße 35 und durch alle Parteibuchhandlungen.

hauptes von diesen Arbeitgebern, daß sie größeres Gewicht darauf legen, ein höheres Arbeitsergebnis aus ihren Arbeitern herauszuholen, als durch eigene Bestrebungen in Form neuer Methoden oder Verbesserung des Werkzeuges, kurz durch bessere Betriebsleitung Fortschritte zu erzielen. ... Es kommt aber auch nicht selten vor, daß aus Furcht vor mangelndem Verständnis oder schlechtem Willen, ohne Vorwissen des Arbeitgebers oder des Verwaltungsrats, teilweise Anwendungen (der Rationalisierung) in den Fabriken unternommen werden. Bei unseren ungewohnten Unterhaltungen mit zahlreichen Ingenieuren erhellte mir mehrfach die Versicherung, daß der Arbeitgeber, namentlich in mittleren Betrieben, für die Rationalisierung des Betriebes eher ein Hindernis ist als eine Unterstützung.“

Man braucht diesem Urteil der Ingenieure, die es ja wissen müssen, nichts hinzuzufügen. Offenbar in dem Bestreben, Licht und Schatten gleichmäßig zu verteilen, hält es Deminat für notwendig, der Arbeiterschaft vorzubalancieren, der Rationalisierung sich gleichgültig gegenüber zu verhalten. Was er aber zum Beweise dafür anführt, hält einer näheren Untersuchung nicht stand. Und zwar führt er ein vor dem Kriege erschienenen Buch „eines französischen Arbeiters Bouquet“ an. Der Verfasser scheint nicht zu wissen, daß Bouquet kein Arbeiter, sondern ein anarchistischer Schriftsteller ist, der wohl einige Zeit in der französischen Gewerkschaftsbewegung eine Rolle spielte, aber im Jahre 1914, als das erwähnte Buch erschien, jeden direkten Kontakt mit der französischen Arbeiterbewegung seit Jahren verloren hatte. Merxheim, der damals wohl der führende Kopf der französischen Gewerkschaften war, hat sich nicht allein vor dem Kriege — wie Deminat selbst anführt — in Artikeln für die richtige Anwendung des Taylorismus ausgesprochen, sondern auch nach dem Kriege darüber eine Broschüre veröffentlicht.

Daß sich die Arbeiterschaft gegen die unter dem Tuschelwort der Rationalisierung vorgenommenen Herabsetzung der Löhne wehrt, versteht sich von selbst. Diese Herabsetzung der Löhne — noch dazu ohne gleichzeitige Herabsetzung der Preise — ist eben keine Rationalisierung, sondern paßt zu ihr wie die Faust aufs Auge. Deminat hat aber fast völlig übersehen, daß es die Gewerkschaften und die Sozialisten in allen europäischen Ländern waren, die die Unternehmer geradezu zur Rationalisierung drängten.

Das Buch Deminats ist nicht ohne Mängel und Lücken. Es hätte z. B. für Deutschland auf die Arbeiten von Ubbé und Boock hinzuweisen müssen, die die eigentlichen Vorkämpfer der Rationalisierung in Deutschland sind. Denn was heute in Deutschland unter Rationalisierung firmiert, ist fast durchweg eine geistlose Mechanisierung des Produktionsprozesses, verbunden mit einer monolithischen Nachahmung inspirierten Verkrüppelung. Diese Sorte von Rationalisierung läßt den Menschen, der doch im Mittelpunkt der Rationalisierung stehen sollte, ganz außer Betracht und sieht Produktion und Verbrauch nicht unter dem Gesichtswinkel der Wissenschaft, sondern einzig des Profits. Trotz seiner Mängel ist das Buch atenged und als Materialsammlung zu empfehlen.

A. Steiner-Juttien.

„Wo bleiben unsere Beiträge?“

Es gibt nicht wenige Gewerkschaftsmitglieder, die sich um nichts kümmern, aber bei jeder unpassenden Gelegenheit, wozüglich im Kreise von Indifferenten, ihrem Verbands die normarvolle Frage entgegenhalten: Wo bleiben unsere Beiträge? Der Grundstein gibt jetzt für den Deutschen Bauergewerksbund auf diese Frage Auskunft, indem er eine graphische Darstellung über die Leistungen des Bundes aus den Mitgliederbeiträgen in den letzten vier Jahren gibt. Die Schaubilder für die einzelnen Jahre sind recht auffallend. Sie zeigen auf den ersten Blick, welche Jahre größere Kämpfe brachten und die Jahre, die ruhiger waren. Während 1924 nahezu 2 Millionen Mark von über 6 Millionen Mark Jahreseinnahmen aufgewendet wurden, erforderte das Jahr 1925 nahezu die Hälfte der 15½ Millionen Mark Jahreseinnahmen für Lohnkämpfe. Binnen eines Jahres eine Steigerung der Einnahmen von 6 455 863 Mark auf 15 740 085 M. und eine Steigerung der Aufwendungen für Lohnkämpfe von 1 944 086 M. auf 7 411 002 M.

Für „revolutionäre“ Oppositionelle lagere der Schluß nahe, den sie verschiedentlich in anderen Fällen gegen haben, daß der Zugang zu den Gewerkschaften um so härter sei, je mehr sie kämpften, daß sie also immerzu kämpfen müßten. Jeder vernünftige Gewerkschafter weiß, daß seine Gewerkschaft nicht blind drauflos gehen kann, weil sie sonst bald abgewirtschaftet hätte. Mag sein, daß Arbeiter, die in ihrem Kampfe von keiner Seite mehr Hilfe erwarten können, mit dem Rute der Verzweiflung kämpfen. Aber nicht lange, dann sind sie abgekämpft. Es kommt bei allen Kämpfen in erster Linie auf die Konjunktur an und die Schlagfertigkeit der Gewerkschaften.

Am Jahre 1926 hat der Bauergewerksbund von seiner 11 371 068 Mark Einnahmen noch nicht 300 000 M. für Lohnkämpfe aufgewandt, dafür aber über 5¼ Millionen Mark erübrigt, um sich für etwa notwendige weitere Kämpfe zu rüsten. Im letzten Jahre wurden nur 776 137 M. für Lohnkämpfe aufgewandt und 6 102 158 Mark erübrigt. Weit größer dagegen waren 1925: 3 232 278 Mark die Aufwendungen für Unterstützung der Erwerbslosen. Die Auffassung, daß die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften die Lohnkämpfe beeinträchtigen, ist längst als grundfalsch abgetan. Wenn sie dennoch immer wieder aufleuchtet, so aus Kreisen, die für ihre besonderen politischen Zwecke Verzweiflungslösungen gebrauchen, der die Unterstützungen allerdings, und zwar nicht ohne Absicht, entgegenwirken. Es kommt eben für die Gewerkschaften nicht auf gelegentliches Renalieren an, sondern auf wohlüberlegte erfolgreiche Kampfführung. Die besten Erwerbslosen gehen wieder verloren, wenn die Organisation nicht stark genug ist, sie zu halten. Und wenn der Bauergewerksbund im Jahre 1925: 3 232 278 Millionen Mark, im Jahre 1926: 2 823 861 Millionen Mark und im Jahre 1927: 4 280 482 Millionen Mark für die Unterstützung seiner erwerbslossten Mitglieder ausgegeben hat, so deshalb, um die Erwerbslosen davon zu bewahren, daß sie durch Hunger müde gemacht, sich als Lohnbrüder hergeben. Auch das gehört zum Kampf.

Es soll hier nicht auf alles eingegangen werden, was die Schaubilder zeigen. Für jeden, der sehen will, zeigen sie klar und deutlich, wo die Gewerkschaftsbeiträge bleiben, daß sie notwendig sind und die beste Kapitalanlage der Arbeiter sind.

Die dänischen Postbeamten organisieren sich.

Kopenhagen, den 15. Juli. Auf der Tagung der dänischen Postbeamten wurde der Anschluß des Postbeamtenverbandes an die Vereinigten Gewerkschaften beschlossen. Nach der Beschlußfassung wurde von den Teilnehmern der Tagung die Internationalität angelehnt.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Die Jugendgruppe ...

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Am 19. Juli ...

Die Jugend des Umlernens.

Agrarwissenschaft und unser Agrarprogramm.

Die deutsche Landwirtschaft ist heute wirklich in einer Notlage. Zwar haben die Führer der Agrarverbände schon immer seit Kriegsende von einer Landwirtschaftsnot gesprochen und diese mit veralteten, heutigen Wirtschaftsformen nicht mehr angepaßten äußeren Mitteln — Zollschutz, Einfuhrzölle und andere Subventionen — zu bekämpfen versucht, die wirtschaftliche Krise der Landwirtschaft ist aber erst jetzt gerade als Folge der bisherigen verfehlten, angeblichen Hilfsmassnahmen eingetreten. Nun mehrten sich die Stimmen, welche Abhilfe der Landwirtschaftsnot nur von einer inneren Konsolidierung des Landwirtschaftsbetriebes erwarten, neben der die bisherigen Mittel des Kampfes gegen Krisenerscheinungen an Bedeutung völlig zurücktreten. Für den Sozialisten ist es dabei ein reizvolles Bild, zu sehen, wie seine bisher so verachteten Wirtschaftsanschauungen heute als neue und vollwertige Erkenntnisse im agrarischen Lager dämmern.

Diese neuen Erkenntnisse im agrarischen Lager haben ihren Niederschlag in einer Reihe von Veröffentlichungen gefunden, deren interessanteste heute die beiden Arbeiten von Professor Dr. Kurt Ritter über „Staatshilfe oder Selbsthilfe zur Linderung der Agrarnot“ (Verlag Paul Parey, Berlin 1928, 112 Seiten, Preis 3,50 M.) und von Diplomlandwirt Dr. Fritz Steding über „Die Kartellierung der Landwirtschaft“ (Deutscher Schriftenverlag, Berlin 1928, 80 Seiten, Preis 2 M.) sind.

Ritter erblickt in den nach der Stabilisierung eingetretenen Preisveränderungen, den Steuer- und Soziallasten sowie der hohen Steuererschuldung der Landwirtschaft mit ihrer Folge nahezu untragbarer Zinslasten die unmittelbaren und mittelbaren Krisenursachen. Das Verschuldungsproblem steht der Bedeutung nach im Vordergrund. Von irgendeiner Schuld für diese Entwicklung zu sprechen lehnt Ritter ab. Zur Abhilfe unterscheidet er zwei Wege: Staatshilfe und Selbsthilfe; beide schließen nach seiner Auffassung einander nicht aus. Allerdings — und das ist interessant zu hören — betont Ritter scharf den Widerspruch, der in der Ablehnung sozialistischer Gedankengänge durch weite Wirtschaftskreise auf der einen Seite, in dem anhaltenden Ruf der gleichen Kreise nach tiefgreifender Staatshilfe auf der anderen Seite besteht. In der kapitalistischen Wirtschaft müsse der Unternehmer Gewinn und Risiko tragen; letzteres auszuschließen, gehe nicht an. Jede Notlage erfordere daher unter der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung zunächst Selbsthilfe! Nur wo die Not gemeingefährlich werde, solle der Staat mit Maßnahmen eingreifen, keinesfalls dürfe er aber dabei den privaten Unternehmern das Risiko abnehmen!

Und nun beginnt Ritter in dem Abschnitt „Von der Staatshilfe“ einen wahren Exkurs um das Ausmaß der Staatshilfe. Schwarz in schwarz malt er das Bild der heutigen Agrarwirtschaft. Große, weitreichende Forderungen stellt er für die Staatshilfe auf: nach systematischem Auffang von abgleitenden Betrieben und ihrer Herausnahme aus dem freien Güter- und Pachtmärkte, nach innerer Umschichtung, nach Rationalisierung und dadurch Konsolidierung des Genossenschaftswesens, nach Steuerentlastung, Abbau der Soziallasten, stimulierender Handelspolitik mit guten Zöllen, Förderung der Pflanzen- und Tierzucht usw.

Aber nach jedem wichtigen Ausholen zu einer dieser Forderungen bremst Ritter dann gleich wieder. Er will nämlich unbedingt vermeiden, daß die Grenzen des gemeinnützigen Kapitalismus überschritten werden, denn wo man

der Gemeinwirtschaft den kleinen Finger reicht, nimmt der Sozialismus natürlich gleich die ganze Hand umfangreich berührt es, daß Ritter in diesem Abschnitt mehrmals sehr unfaßlich die agrarpolitische Arbeit der Preußenregierung behandelt. Den Schlüssel der Schrift Ritters bildet ein sehr zurückhaltender Abschnitt „Von der Selbsthilfe“. Nach stichtiger Feststellung der Notwendigkeit, das Bildungsproblem zum Zentralkpunkt der agrarischen Selbsthilfe zu machen, mündet sich Ritter betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Einzelfragen zu. Die Frage der intensiven oder extensiven Wirtschaft stellt er, aber beantwortet sie nicht. Weiter betont er die Notwendigkeit der Absatzerschließung und -regelung besonders scharf und nimmt danach Gelegenheit, in diesem Zusammenhang die Qualitätsverbesserung im In- und Ausland, die Standardisierungsfrage, das Problem der Abhängensschaften und schließlich die Fragen der Preispolitik und der Konjunkturbeobachtung zu erörtern.

Während Ritter alle durch die Landwirtschaftskrisis aufgeworfenen Probleme der Betrachtung zu unterziehen sucht, beschränkt sich Steding in seiner Arbeit demüßigt auf ein Problem: Die Absatzorganisation. Er sagt, daß die Hauptursache der Unrentabilität in der Unterlegenheit der Organisationsformen der Landwirtschaft gegenüber den Organisationsformen anderer Wirtschaftszweige liege. Das soll heißen, daß die Landwirtschaft keinen genügenden Einfluß in einer ihrer Rentabilität günstigen Weise auszuüben vermöge auf Preisgestaltung, Absatzverhältnisse, Erzeugungsbedingungen usw. Wollte also die Landwirtschaft sich helfen, müßte sie schleunigt den Vorstoß von Industrie und Handel einholen und sich eine genügende Wirtschaftsorganisation schaffen. Die Landwirtschaft müsse sich Kartellorganisationen schaffen, die eine straffe Erzeugungsregelung auf der Grundlage genauester Marktbeobachtungen und dergleichen vorzunehmen hätten.

Dann zeichnet Steding ein genaues Bild der nach seiner Auffassung notwendigen Voraussetzungen für die Bildung marktbeherrschender landwirtschaftlicher Absatzorganisationen, die nach Form und Zielsetzung industriellen Kartellen gleichkommen. Steding schlägt keine an sich recht geradlinigen und klaren Ausführungen mit einer Uebersicht über kartellähnliche Absatzorganisationen in der Landwirtschaft des In- und Auslandes. Wohlwollend ist über Steding's nüchternen Sachlichkeit, wenn er auch in manchem unklar bleibt — so scheint er über den Begriff Kartell noch nicht mit sich ins reine gekommen zu sein — und sich aus seiner kapitalistischen Einstellung heraus verschiedentlich in Widersprüche verstrickt.

Wir Sozialisten können uns heider Schriften freuen. Zwei führende Köpfe aus dem agrarischen Lager beweisen die bisherige Unzulänglichkeit der landwirtschaftlichen Betriebsführung unter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Sie zeigen beide weiter, daß hier nur ein Wechsel im Wirtschaftssystem wirklich helfen kann, und empfehlen daraufhin in der Praxis die Anwendung gemeinwirtschaftlicher Prinzipien. Daß sie danach wieder Angst vor ihrer eigenen Courage bekommen und ihre Vorschläge nicht konsequent zu Ende führen, nimmt man ihnen angesichts ihrer kapitalistischen Grundanschauung nicht weiter übel; ihrer Erkenntnis sind dadurch eben Grenzen gesetzt! Höchstens kann man ihnen empfehlen, gründlich Krüger-Bundes Kommentar zum sozialdemokratischen Agrarprogramm durchzuarbeiten, wo sie das ihnen fehlende hinzulernen können. D. R.

dem wahren Beschäftigungspreis entspricht, sondern zum wahren Selbstkosten- und eine Tagespreiskalkulation. Beide Kalkulationen, deren Benutzung je nach Bedarf erfolgt, ergeben natürlich durchaus verschiedene Preise. Diese Unfälle ist keineswegs auf die Privatindustrie beschränkt.

Der Enqueteauschuß wird, sofern er, was durchaus nötig erscheint, Untersuchungen über zu hohe Preise von Industrieprodukten vornimmt, nicht umhin können, die wenig bekannte Tatsache, zweierlei Kalkulationen aufzustellen, gebührend zu berücksichtigen.

Tagesumsatz über eine Million.

Eigenproduktion der G. O. fast verdoppelt.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine veröffentlicht die Umsatzlisten für das erste Halbjahr 1928. Die deutschen Konsumvereine können auf diese Umsatzlisten ihrer Großhandelsgesellschaft stolz sein.

Der Gesamtumsatz der G. O. im ersten Halbjahr 1928 betrug 197,43 Millionen Mark. Im ersten Halbjahr 1927 betrug der Umsatz 160,46 Millionen Mark. Gegenüber 1927 ist der G. O.-Umsatz um 36,97 Millionen Mark oder um 23,04 Proz. gestiegen.

Fast viermal so stark hat sich der Umsatz der in den G. O.-Fabriken erzeugten Eigenprodukte ausgedehnt. Während im ersten Halbjahr 1927 die G. O. nur 25,51 Millionen in eigenen Erzeugnissen umsetzte, erhöhte sich dieser Betrag im ersten Halbjahr 1928 auf 48,10 Millionen Mark. Das entspricht einer Steigerung von 22,59 Millionen Mark oder 88,50 Proz.

Rentabilität der sächsischen Staatsgüter

Eigenwirtschaft oder Verpachtung?

Die sächsische Regierung hat dem Landtag eine Vorlage über die wirtschaftlichen Verhältnisse und die zukünftigen Verwendungs-möglichkeiten der landwirtschaftlichen Betriebe des sächsischen Wirtschaftsministeriums zugehen lassen. In dem der Vorlage angefügten Gutachten wird vorgeschlagen, die Staatsgüter teilweise zu verpachten und einen Rest in Eigenwirtschaftung zu lassen. Weiter wird in dem Gutachten davon gesprochen, daß zur vollständigen Ausgestaltung der Güter ein Betrag von 2,2 Millionen Mark notwendig ist.

Diese Vorschläge geben der Presse der landwirtschaftlichen Unternehmern zu häßlichen Bemerkungen Veranlassung. Man spricht von Unrentabilität und verfahrenen Wirtschaft.

Die Freude sollte nicht lange dauern. Bei der Aussprache, die vor einigen Tagen im Haushaltsausschuß B des Sächsischen Landtages stattfand, machte ein Vertreter des Staatsrechnungshofes nach der „Chemnitzer Volksstimme“ Ausführungen, die die Behauptung der landwirtschaftlichen Unternehmerpresse Lügen strafte. So wurde mitgeteilt, daß der rechnerische Ueberschuß im Wirtschaftsjahr 1927/28 bis Ende Mai 1928 (das Wirtschaftsjahr endet am 30. Juni 1928) 79 000 Mark betrage. Die Zahlen, die über die einzelnen Güter vorgetragen wurden, zeigten, daß die Verluste größtenteils nicht nur wettgemacht, sondern darüber hinaus erhebliche Ueberschüsse erzielt werden konnten. Weiter wurde erklärt, daß die in dem Gutachten genannte Summe von 550 000 Mark für die Ergänzung des Viehbestandes entschieden zu hoch gegriffen sei, daß höchstens 100 000 Mark erforderlich seien. Auch seien 300 000 Mark Gebäudeaufwand nicht erforderlich. Die Güter können ohne weiteres Betriebskapital aus. Wenn zur vollständigen Ausgestaltung der Güter 1,1 Millionen Mark und nicht, wie es in dem Gutachten heißt, 2,2 Millionen Mark neues Betriebskapital gebraucht würden, so wären diese 1,1 Millionen Mark auch nicht sofort erforderlich. Sie würden nur nach und nach, ohne die Finanzen des Staates besonders zu belasten, aufzubringen sein. Jetzt, wo man vor einem günstigen Abschluß stehe, sei eine Entscheidung über das weitere Schicksal der Staatsgüter verfrüht.

Diese Ausführungen erfahren eine wertvolle Ergänzung durch Angaben, die dem Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiter-Verbandes in diesen Tagen von einem genauen Kenner der sächsischen Staatsgüter gemacht wurden. Nach diesen Angaben hat das Inventar der sächsischen Staatsgüter einen wesentlich höheren Wert als es die Bilanz aufweist. Der Viehbestand sei prämiert und der beste in Sachsen. Trotzdem stehe er nur zu Schlachtpreisen zu Buche. Die Maschinen seien beim Kauf sofort bis auf den Wert abgeschrieben worden. Die Reparatur der Gebäude habe man außer acht gelassen. Das Wirtschaftsjahr 1926/27 war ein Verlustjahr. Die Verluste seien durch Hochwasser und Maul- und Klauenseuche entstanden. Zurzeit sei alles aufgeholt. Trotz Maul- und Klauenseuche, die eine wesentliche Verminderung der Viehbestände gebracht habe, sei heute der Viehbestand um über 200 Stück größer als 1926. Neben einem erheblichen Reingewinn werde das Wirtschaftsjahr 1927/28 auch noch mit einem erheblichen Wertzuwachs abschneiden. Nach den weiteren Erklärungen des Gewährsmannes des Deutschen Landarbeiter-Verbandes wußte man in den Kreisen, die hinter dem Antrag auf Verpachtung stehen, ganz genau, daß die Ereignisse des Wirtschaftsjahres 1926/27 Erscheinungen sind, die sich von Zeit zu Zeit auch in anderen landwirtschaftlichen Betrieben bemerkbar machen.

Unter diesen Umständen dürfte in der Tat der Vorschlag zur Verpachtung, soweit er aus Rentabilitätsgründen begründet wird, sehr verfrüht und absolut nicht dringlich sein.

Borsig in Oberschlesien.

Günstige Entwicklung der Borsigwerte A. G.

Die Familie Borsig hat außer ihrem großen Lager Wert auch noch eine Borsigwert A. G. in Oberschlesien, die ebenso wie das Lager Wert reiner Familienbesitz der Borsigs ist. Das Oberschlesische Zeichen- und Hüttenwerk hat sich im Jahre 1927 sehr gut entwickelt, nachdem es vor zwei Jahren noch einen Verlust von über 5 Millionen hatte, der aus den Gewinnen des Jahres 1926 bis auf 2,42 Millionen Mark getilgt wurde. Die Entwicklung im letzten Jahre war so günstig, daß der Betriebseinnahme, soweit er ausgewiesen ist, von 6,76 auf 7,98 Millionen Mark stieg und der Reingewinn sich von 1,81 auf 2,54 Millionen Mark erhöhte. Dieser Reingewinn von 2,54 scheint sorgfältig errechnet worden zu sein, einmal, damit man gerade noch den bestehenden Verlust von 2,42 Millionen voll tilgen konnte, und weiter, damit die immer klingende Familie Borsig keine Dividende auszuweisen brauchte. Als Präsident der Vereinigung der Deutschen Arbeiterverbände hat man dann immer die Möglichkeit, auf die unglückliche traurige Lage der Unternehmer mit persönlich allerreinstem Gewissen hinweisen zu können. Allerdings, bescheiden bis ins letzte war man doch nicht. Die Familie Borsig hat zwar das Oberschlesische Wert keine Dividende ausweisen lassen, aber sie hat sich vor Feststellung des Reingewinnes „eine Vergütung“ von 500 000 Mark aus den Ueberschüssen zur Verfügung stellen lassen.

Unsere „Volksfürsorge“.

Entwicklung zum Großunternehmen. — 1928 prächtige Erfolge.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, so scheute die Volksfürsorge aus dem Stadium des bloßen Wiederaufbaues endgültig heraus zu sein und sich in ruhiger und stetiger, von keiner Krise mehr bedrohter Entwicklung zum Großunternehmen auszuwachsen; denn sonst wären die großen Erfolge einer immer mehr in die Breite und Tiefe gehenden Organisation angesichts der noch immer anhaltenden Wirtschaftskrise und einer überaus scharfen Konkurrenz im Versicherungsgewerbe, vor allem des Kleinversicherungsgewerbes, nicht zu erklären. ... Nicht zuletzt trägt ein hohes Verdienst daran die immer geschlossener wirkende Arbeit draußen im Lande, die, sich stützend auf zunehmende Erfolge, immer weiter ausgreift und höchste Erwartungen rechtfertigt.

Mit diesen Worten wurde der Rechenschaftsbericht über das Geschäftsjahr 1927 der „Volksfürsorge“, gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft, eingeleitet. Brachte das Jahr 1927, das für das Versicherungsgewerbe allgemein zu weiterer Festigung führte, für die Volksfürsorge, die außerordentlich gut fundiert ist, überraschende Fortschritte, so werden diese aller Voraussicht nach durch die Erfolge des Jahres 1928 noch weit übertroffen. Schon die Entwicklung im ersten Halbjahr 1928 läßt darauf schließen, wie die folgende Uebersicht zeigt:

Jahr	Berl.-Anträge	Versicherungsbestand		Vermögen in Mark
		Pollizen	Berl.-Summe in Mark	
1926 ganzes	251 371	733 738	246 Mill.	20 Mill.
1927 Jahr	376 668	1 039 726	388,7	33,7
1928 (nur 1. Halbjahr)	255 609	1 200 000	475	42

Im ersten Halbjahr dieses Jahres sind zur Registrierung von Sterbefällen 783 000 Mark ausgezahlt worden, insgesamt seit November 1923 (Umstellung auf wertbeständige Basis) 4 Millionen Mark.

Den größten Teil der eingegangenen Prämienelder (in diesem Jahre werden es etwa 25 Millionen Mark sein) muß die Volksfürsorge als Prämienreserve für die Versicherten anlegen, um bei Fälligkeit die garantierten Versicherungssummen einschließlich der Gewinnanteile (in den letzten Jahren 25 Proz. der gemittelten Jahresprämie) auszahlen zu können. Diese Reserven finden vornehmlich Anlage in erstklassigen Hypotheken auf gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Grundbesitz. Mit den übrigen wirtschaftlichen Unternehmungen der deutschen Arbeiterbewegung und deren Zentralinstanzen steht die Volksfürsorge daher in enger Zusammenarbeit.

Werkstoffbilanz 1927.

Vortriebsenergieerzeugung und -verbrauch überschritten.

Der Reichsstoffenerwerb hat auch für das Jahr 1927 seine statistischen Ermittlungen über die Werkstoffenergieerzeugung und den Werkstoffenergieverbrauch fortgesetzt. Steinkohlen und Braunkohlen zusammengefaßt, ergab sich in der Welt eine Gesamterzeugung von 1467 Millionen metrischen Tonnen. Braunkohle in den Heizwert der Steinkohle umgerechnet, entspricht diese Weltförderung einer Menge von 1403,8 Tonnen. Die Weltsteinkohlenförderung betrug 1276,4 gegenüber 1179,2 Millionen Tonnen im Jahre 1926 und 1216,3 Millionen Tonnen im Jahre 1913. Nach Umrechnung der Braunkohle in Steinkohle ergibt sich eine Weltkohlenförderung überhaupt von 1403,8 gegen 1297,9 Millionen Tonnen im Jahre 1926 und 1299,6 Millionen Tonnen im Jahre 1913. Der Anteil der Steinkohle ist gegenüber 1913 von 90,7 auf 87,0 Proz. zurückgegangen. Europa kam in der Weltsteinkohlenförderung mit 615,5 Millionen Tonnen wieder vor Amerika mit 557,2 Millionen Tonnen an die erste Stelle, nachdem im Jahre 1926 — eine Folge des englischen Bergarbeiterstreiks — Amerika Europa weit überlagert hatte.

Der Verbrauch Europas an Kohlen — Braunkohle eingerechnet und in Steinkohle umgerechnet — erhöhte sich gegenüber 1926 von 485,1 auf 628,8 Millionen Tonnen, was ebenfalls gegenüber 1913 mit 621,0 Millionen eine Ueberschneidung des Vortriebsenergieverbrauches bedeutet. Der Anteil Europas am Weltkohlenverbrauch ist von 1926 auf 1927 von 485,1 auf 628,8 Millionen Tonnen gestiegen, während der Anteil Nord- und Südamerikas am Weltverbrauch von 598,9 auf 565,5 Millionen Tonnen zurückgegangen ist. Der gesamte Weltverbrauch hat sich gegenüber 1926 mit 1202,0 und gegenüber 1913 mit 1257,4 im Jahre 1927 auf 1309,1 Millionen Tonnen erhöht.

Anregung für den Enqueteauschuß.

Selbstkosten- und Tagespreiskalkulation in der Industrie.

Zu unserem Artikel vom 12. Juli „Gegen die hohe Düngemittelpreise“ erhalten wir folgende Zuschrift:

Die in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 12. Juli dieses Jahres gebrachte Anregung der „Deutschen Bauernzeitung“, durch den Enqueteauschuß eine Untersuchung der trag weitgehender Rationalisierung viel zu hohen Düngemittelpreise vorzunehmen, ist sehr beherzigenswert. Dabei genügt aber eine Vernehmung der Direktoren der hauptsächlichsten Erzeuger durchaus nicht.

Eine eingehende Untersuchung der Düngemittelpreise kann vielmehr — und das gilt für alle derartigen Untersuchungen vor dem Enqueteauschuß — nur durch die Prüfung der gesamten, schriftlichen Kalkulationsunterlagen erfolgen, und zwar durch erfahrene, unabhängige Fachleute. Zur Begründung braucht man nur auf die Unfälle hinzuweisen, nicht nur eine Kalkulation aufzustellen, die

Der Mörder Bacher.

Von Henning Duderstadt.

Der Mörder Josef Bacher hockte auf seinem Schemel, den Kopf in die schweißigen Hände gestützt. Nüchtern warf er die Arme zurück, sprang empor und rannte wie irr um das kleine Bierstübchen herum. Dann, ganz ohne Uebergang, schleuderte er sich auf die Erde und heulte. Nüchtern entrag sich dem Heulenden ein einziges Wort: „Unschuldig, unschuldig, unschuldig...“

Josef Bacher sollte morgen hingerichtet werden. Ein Luftmoede hatte er eingestanden, die Mehrzahl der Sachverständigen hatte erklärt, er sei verantwortlich für das, was er verbrochen hatte, kurzum: der Fall war klar, und man verurteilte ihn zum Tode.

Als er sich vor den Geschworenen verantworten mußte, hatte er seine Verteidigung mit kalter Ruhe geführt, und die biederen Bürger drüben auf der Richterbank waren entsetzt über die Offenheit, mit der Bacher seine Verbrechen gestand. Dieser Mensch verweigerte jede Reue, ja zuweilen schloß wie ein Traktat aus seinen Augen so etwas wie Stolz, daß gerade er es gewesen war, der all dies vollbrachte. Tragdem Personen im Gerichtssaal fühlten mochten, daß dieser ehemalige Sergeant außerhalb des Gewöhnlichen stand, sprachen doch Sachverständige und Geschworene, nicht unbeeinflusst auch durch den Lärm der Presse und das Schreien der Menge draußen auf dem Marktplatz, ihr: Kopf ab!

Und es ist eigenartig, daß der einzige, den dieses Urteil verwunderte, Josef Bacher selbst war. Aber es regte ihn nicht weiter auf, denn es schien ihm ganz klar, daß der Präsident der Republik ihn begnadigen würde. Er war ja unschuldig.

Heute vormittag hatten sie ihn benachrichtigt, daß man ihn morgen früh hinführen werde. Und da brach er zusammen. Er, dessen spärliche Wimpern bisher durch keine Träne genährt waren, seit sie ihn vor neun Monaten gegriffen hatten, sah etwas stürzen. Und das war er selbst.

Seitdem schien er ein Felsling, ohne es zu sein. Angst vor dem Tode? Rumpst! Er, der ruhig und kalt als Menschen unter Rasteren hatte verrecken lassen, alte Frauen, junge Mädchen, blondhaarige Hirtenknaben, zwölfjährige Kinder, er, der am Juden der Glieder, am Bild dieser sterbenden Augen seine Wollust gehabt hatte, pfiff auf das Sterben. Aber er wollte kein Recht. Nichts als sein Recht!

Wußten denn diese Menschen gar nicht, was er in seinen heiligtümlichen Würderstunden durchlebt hatte? Wußten sie nicht, daß hier kein Verbrecher gewohnt hatte, sondern eben der Mensch? Der Staatsanwalt, dieser trodene Bursche im schwarzen Lohr, hatte mit Salbung gesprochen von der „menschlichen Bestie“, und Josef Bacher hatte zustimmend mit dem Kopf genickt. Er gab ja dem Dramarbas Recht!

Der Bestand dieser Ignoranten Durmshöpfe schien sich nur das eine zu sagen, er, Josef Bacher, habe gemordet, und müsse deshalb wieder gemordet werden. Das Red ging nach Hause, sah Arm in Arm im Park mit Gattin oder Kokotte und brüskierte sich, ein echtes Kollagen wahrhaftig gerechter Richter genannt zu sein!

Wenn hätte er Arm in Arm gesehen, wann hätte er das Bild dieser Erde gesehen? Er war das Glied, das Mensch geworden! Wenn er lebenden Menschen den Leib sezertierte, so sollten sie sich wo anders beschweren, doch nicht bei ihm. Was schenkte denn Gott seiner Mutter das Leid, Jahr um Jahr in der Stille der zerfallenen Hütte zu besorgen auf der Erde neue Bachers zu werfen? O, wie hätte er seine Geschwister gehaßt, die ihm das blühende Atem nahen, damals, als sie sich drängten in der muffigen Kammer, trispelend, klispelend, freispelend. Er hätte sie würgen können, das Tadel!

Und was es denn Lüge, daß ihn, den dreizehnjährigen Bengel, auf der Dorfgasse ein tollwütiger Hund anfiel und biß? Blöße hatte er dagesessen, monatelang, ein Tier, das froh und soll, doch nicht mehr zu denken vermochte. Sollte man diese Töle von einem Kötter hinführen, oder nicht ihn!

Josef Bacher erhob sich, rannte auf und ab und grübelte wieder, bis niedrige Stirn zu breiten Wüsten gefolgt.

O, er war ja so gut! Er sehnte sich so nach Liebe und Reigung. Er schrie nach der Braut, er irrte nach Freunden all seine Tage! Damals, als er aus den Hütten der Erde geflohen war in die Stille des Klosters Saint-genis-Lavos, war er wieder von dannen geeilt, nur weil die Brüder ihm tot erschienen, weil er zu freumblickenden, lebenden Menschen wollte.

Denise Latour, die Perle von Baumes-les-Dames, er hatte sie ehelich geliebt. Er war zu ihr gegangen, wie sie am Brunnen stand, er hatte sie angesehen, die drallen Hüften, den fleischigen Hals, die blühenden Lippen, und er hatte gefragt: „Kennst du mich noch, Denise?“ Sie schüttelte nur den Kopf.

Er war ihr nachgegangen Tag und Nacht, er hatte gefiecht und gedroht, sie folgte ihm nein und lachte dazu. Und dann kam die Stunde. Denise mit einem Burschen aus der Nachbarschaft und er, Josef Bacher, sah sich auf der Gasse. Er muß sie sprechen, und wieder bittet, beschwört er. Doch sie schüttelt ihn Trattel und Pant. Da packt es ihn. Er schießt, sieht zum ersten Male Blut, das er vergoß, und ist seit dem Augenblick Josef Bacher, der heute im Kerker sitzt.

Der Gefangene stöhnt ganz aus der Tiefe. „Denise hat Schuld, Denise hat Schuld!“

Er hatte sich ja zusammengerissen! Als er Soldat war, lobten ihn seine Vorgesetzten und machten ihn zum Sergeanten, denn militärisch war er ein Kerl. Aber seine Kameraden haßten ihn, fürchteten ihn. Er hatte keinem ein Leid getan, doch der neben ihm schlief, hatte sein Bononett unter der Bettdecke, nur, weil er Angst hatte vor Josef Bacher. Und sie erzählten sich, daß er im Schlaf wilde Reden führe von Blut und Tord. Kein Mensch mochte ihn. Selbst wenn er zur Dirne ging und ihr seine vom Lagen Solde ersparten Groschen in den Schoß warf, merkte er, daß er ihr schweißig war. Und immer mehr verdroß sich Josef Bacher in Lerner und Einsamkeit. Warum sprach man mit ihm nicht so wie mit allen den anderen? War er denn schlechter als sie? Er trank nicht, spielte nicht, aber war er denn deshalb ein Dumm?

Eines Tages war Schluß. Wieder hatte es Streitereien gegeben, er hatte zustecken wollen. Da packten sie ihn und steckten ihn in Arrest und dann in die Anstalt. Er sollte verrückt sein! Nein, er war nicht verrückt, aber ein geschlagenes Tier war er, ein Hund, den man trat seit dem Tage der Geburt und der dadurch, nur dadurch in Krankheit verfallen war. Jetzt in der greulichen Woche, da man ihn über seine Wunden beriet, hatte der einzige Arzt, der für ihn war, es gesagt: „Meine Herren, wenn Sie Krankheiten durchs Fallbeil heilen wollen, dann sagen Sie es gleich, dann schlafe ich mein Referat.“ Das vergoß Josef Bacher nicht. Aber das gerade

mußten die feisten Richter Lyons. Sie verachteten die Gerechtigkeit, Kranke sollten durchs Fallbeil genesen.

Damals, in Befançon, hatten sie ihn herausgeworfen aus der Maison de Santé, hatten gesagt, er sei gesund, und setzten ihn auf die Straße. Ja, und dann, und dann... Josef Bacher ging hastiger... dann begannen die Jahre der Greuel...

Auch das waren Worte des Staatsanwaltes.

Die Jahre der Greuel, die Jahre der Greuel, die Jahre der Greuel... Unaufhörlich flüsterte Josef Bacher die vier Worte, immer wieder durchs Fallbeil er den Raum. Und auf einmal, ganz jäh weiteten sich seine Augen. Seine Brust hob sich in wilden Stürzen, vor seine Lippen trat Schaum, seine Nästern quollen auf wie die eines Hengstes, der im Ansprung ist. Finger und Hände trampften zusammen, sein Bauch vibrierte, und seine Beine schlenkerten, um plötzlich, nur für einen Augenblick, sich zur Straffheit zu reden, breit und ganz wie erstarrt, und dann vorwärts zu stürmen gegen das Gitterfenster, das kleine, schmale, über Mannshöhe erhöhte. Seine Hände umkrampften es, sein Leib schlang sich empor, seine Lippen umrafften die kalten Stäbe, und er hing wie bewegungslos. Dann sank er nieder, stand für Sekunden geduckt, um, ganz entmenscht im Gesicht, mit der rechten Hand sich ins Maul zu fahren und seine Zähne in sie zu stoßen. Grimmiger stets, bis das Blut floß. Und trank voll Wollust, duckte sich jäh und sank auf die Pritsche...

... Des war sein Abschied vom Leben. Und darauf lag er, in wilden Träumen, die letzte Nacht. Durchstosste den furchtbaren Zustand, der zwischen Ganzschlaf und Wachen steht. Wieder war er im Bett der Koferne und schrie sein: „Blut, Blut, Blut! Sie wissen alle nicht, wozu ich imstande bin. Ich werde sie umbringen!“ Wieder sah er die alte Frau Venoir, wie sie die Knie bog und ihn um Gnade bat; er aber lach, er aber schlug, er aber schnitt. Wieder umarmte er die abgeschlachten Brüste der Antoinette Blanche, wieder küßte er heiß den zerhackten Lockenkopf Francois, des Hirtenknaben. Und alles wogte in ihm.

Morgens um 4 Uhr stoberten sie ihn auf. Er sollte zum Richtplatz und wehrte sich fürchterlich. Fortwährend schrie er: „Ich will mein Recht, ich will mein Recht!“ Und straffte die Brust. Er entwand sich ihnen, sie griffen ihn wieder. Es war ein misseffliches Schauspiel.

Der Staatsanwalt las, der Pfaffe brobbelte etwas, Josef vernahm nichts.

Nüchtern aber, drei Schritte vorn Beil, erstarre er. Und sprach nur sieben Worte: „Die Welt ist ein Pack von Verbrechern!“ Und ging, ganz ruhig, ganz selbstbewußt...

Sein Kopf war gefallen. Und wirklich schienen die Männer, die langsam den Richtplatz vertieften, ernsthaft zu glauben, die Worte Josef Bachers seien endlich geführt.

Photographierte Zirptöne.

Beobachtungen aus dem Leben der Grillen.

Mit Hilfe eines eigenartigen Versuchs hat ein Forscher, Prof. Regel, vor einiger Zeit eine bedeutsame Feststellung gemacht. Es war zwar anzunehmen, aber keineswegs erwiesen, daß Grillen auch einen verlässlichen funktionierenden Gehörsinn besitzen, da die Anlockung der Geschlechter ebenso gut auch durch den Geruchssinn vermittelt werden könnte. Um diese Frage zu klären, wurden nun die Zirplauten eines Grillenmännchens durch einen Fernsprechapparat einem in einem entfernten Raum befindlichen Weibchen zugeleitet. Sobald die Töne hörbar waren, ließ die Grille sofort das Futter, an dem sie gerade gefressen hatte, im Stich, lief auf den Apparat zu, aus dem die Töne kamen und blieb endlich zwei Zentimeter weit vor dem Schalltrichter stehen, richtete die Fühler auf ihn und kroch dann, als sich kein Männchen zeigte, wie suchend um das Telephon herum. Das Interesse erwachte sofort, als das Zirpen aufhörte, erwachte aber sofort wieder, wenn das Telephon die Laute wieder hören ließ. Man kann demnach wohl mit Sicherheit annehmen, daß die Grille recht gut hört. Der Sitz des Hörsinns befindet sich wahrscheinlich an den Fühlern und den Unterschenkeln der Vorderbeine.

Wenn man das Gezirp einer Grille in einem schwachdämmenden Telephon auffängt und die Lautstärke gleichzeitig photographiert, wie es im Verlauf eingehender Untersuchungen auch geschehen ist, klingen die Töne keineswegs so gleichförmig, wie sie das menschliche Ohr in der Natur hört. Es lassen sich vielmehr ganz verschieden klingende Zirplauten unterscheiden, Laute, die, stärker und schwächer hervorgebracht, vielleicht auch einer gewissen Bedeutung entsprechend, vermutlich mit Absicht verändert werden. Die Tonhöhe der Zirplauten dürfte ihrer Schwingungszahl nach ungefähr der des menschlichen C gleichkommen. Das Gezirpen ist, wie bekannt, eine rein instrumentale Betätigung; denn das Zustandekommen der Zirplauten erfolgt nicht im Sinne einer Vokalbildung durch die Atmungsorgane, sondern durch das ineinanderreiben der beiden Vorderflügel, von denen der eine eine querverillte und der andere eine glattkantige Leiste besitzt, also in ähnlicher Weise wie der Geigenbogen über die Saiten fährt. Das Hin- und Herreiben geht so schnell vor sich, daß sich die beiden Flügel innerhalb einer Sekunde durchschnittlich sechszehnmal gegeneinander bewegen, doch wird die Geschwindigkeit des Zirpens von der gerade herrschenden Luftwärme insofern beeinflusst, als Temperaturerhöhung eine starke Vermehrung der Zahl der Zirptöne bedingt. Der Einfluß der Wärme auf das Grillengezirp geht sogar so weit, daß der amerikanische Forscher Holmes nur durch genaue Sekundenzählung der Zirplauten die Temperatur feststellen konnte. Hierbei spielen allerdings Vorgänge mit, deren Einzelheiten völlig unbekannt sind. Wenig bekannt ist ferner, daß die jungen Larven der Feldgrillen, wenn sie angegriffen werden, zur Verteidigung aus kleinen an der Brust sitzenden und leicht plötzlichen Blöschchen Blut von sich spritzen; vermutlich sind im Blut dieser Junglarven Giftstoffe enthalten, die den Gegner in irgendeiner Weise schädigen. Später geht diese Fähigkeit aber wieder verloren, ja, sie wird schon bei älteren Larven nicht mehr beobachtet.

Die europäische Hitzewelle.

Von Moritz Loeb.

Lang genug hat es in diesem Sommer gedauert, bis sich die Hitze eingestellt hat, die wir nun der sommerlichen Jahreszeit nicht zu trennen vermögen, obwohl nun, nachdem es endlich heiß geworden ist, schon wieder alle Welt über „diese unerträgliche Hitze“ klöhrt. Diese uns Zufriedenen dürfen zu ihrer Unschuldigung anführen, daß sie an solche Temperaturen nicht mehr gewöhnt seien; es ist in der Tat, von einigen enger begrenzten Landstrichen und von einzelnen sehr warmen Lagen abgesehen, seit drei Jahren in Mitteleuropa nicht mehr so warm gemessen wie in diesen Julitagen. Aber von abnormen Temperaturverhältnissen kann deshalb doch zunächst jedenfalls noch keine Rede sein. Höchsttemperaturen von 33 bis 35 Grad Celsius, wie wir sie bisher gehabt haben, kommen bei uns in jedem richtigen Sommer vor und sind durchaus nichts Ungewöhnliches. Es sind die sogenannten Tropentage unseres Klimas, deren untere Grenze bei 30 Grad Celsius liegt, wie man als Sommertage diejenigen Tage bezeichnet, an denen das Quecksilber mindestens 35 Grad Wärme erreicht. Selbst diese sind im Frühjahr und Vorkommer 1928 recht dünn gesät gewesen; neben der großen Veränderlichkeit und der oft wochenlang anhaltenden empfindlichen Kühle im ersten Teil der diesjährigen warmen Jahreszeit war es ja besonders der Mangel an wirklich warmen Tagen, der uns bis vor kurzem über unseren Sommer so viel hat klageln lassen.

Obwohl man, streng genommen, auf mitteleuropäische Verhältnisse den aus Amerika stammenden Begriff der Hitzewelle nicht anwenden kann, so rechtferligt sich diese Bezeichnung doch insofern, als es sich zuzelt um einen machtvollen Vorstoß der warmen Äquatorialfront nach Mittel- und Nordeuropa handelt. Er beruht auf den Pulsationen des Azorenmaximums, dieses ständigen mittelatlantischen Hochdruckgebietes, dem dadurch der Weg nach Nordosten, auf den europäischen Kontinent, freigegeben worden ist, daß die nördlich von ihm aus thermischen Ursachen entstehenden Zyklogen seit kurzem eine nördlichere Bahn als zuvor einschlagen und von dem atmosphärischen Aktionszentrum bei Island nicht mehr ostwärts nach Skandinavien und Finnland, sondern in einer nordostwärts verlaufenden Bahn Richtung auf Spitzbergen nehmen. Infolgedessen gelangen die Einbrüche polarer Kälte auf der Rückseite der Zyklogen, die bis vor kurzem für die ewig wechselvolle Witterung bei uns maßgebend waren, nicht mehr auf das west- und mitteleuropäische Festland; die von der Kälte auf in Wechselwirkung mit der warmen Äquatorialluft erzeugten Randwirbel verlaufen vielmehr in wesentlich höheren Breiten und dadurch ist nun auch in Skandinavien endlich sommerliche Wärme eingeleitet. Angesichts der Beharrungstendenz einer einmal zum Durchbruch gelangten Wetterlage spricht manches dafür, daß die Hochsommerhitze sich nun für einige Zeit erhält, und daß die nunmehr erfolgte Stabilisierung der Wetterlage von Dauer ist.

Damit wäre die Möglichkeit zu noch weiterem Aufstieg der Temperaturen gegeben. Er hängt davon ab, daß sich der hohe Luftdruck, der zurzeit Mitteleuropa bedeckt, noch weiter nach Osten und Nordosten verlagert und über den großen osteuropäischen Kontinent ausmassen stationär wird. Verläßt dabei die Zugfolge der atlantischen Zyklogen auch weiter durch den Raum von Island nach Spitzbergen, so entsteht eine anhaltende heiße Südostströmung, die im Verein mit der Sonneneinstrahlung die Temperaturen besonders stark steigert. Erst dann pflegt es also bei uns zu abnorm warmen Tagen zu kommen, und beim Zusammenreffen nun für die Erhöhung besonders günstigen Umständen kann das Quecksilber Rekordwerte

erreichen. Ungewöhnlich heiße Tage kommen auch vor, wenn der höchste Luftdruck im Südosten Europas liegt und wenn von der europäischen Westküste Druckfall auf das Festland gelangt. Eine derartige Druckverteilung bezeichnet aber fast stets einen rasch vorübergehenden Uebergangszustand; sie ist es, die uns in sonst wenig freundlichen und vor allem sehr veränderlichen Witterungsperioden die perennierten schönen Tage mit beinahe sprunghaft erfolgender Erwärmung aber auch ebenso rascher Wiederabkühlung durch Gewitter bringt, die gewöhnlich schon im Laufe des Nachmittags den Witterungsumschwung einleiten. Diese starke Erhitzung wird also wegen ihrer raschen Vergänglichkeit weniger wirksam als die langsamere vor sich gehende Erwärmung bei stiller Luftzufuhr, die aber den Vorzug der längeren Dauer für sich hat. Ihr war beispielsweise die wochenlang anhaltende große Hitze des Hochsommers von 1911 zuzuschreiben, während der hohe Luftdruck während der ganzen Dauer der Hundstage über Finnland und Nordrußland verlagert war. In dem noch heißeren Sommer 1921 war zwar das kontinentale Hochdruckgebiet über dem Osten des Erdteils nicht so stabil, es ergänzte sich aber immer von neuem durch das Vorbringen des Azorenmaximums nach Europa. Sommer vom Typus des heißen Jahres 1911 pflegen sich stets durch Härte unliebsam auszuzeichnen, wenn auch in Sommer wie in dem von 1921 der Mangel an Niederschlägen meist sehr empfindlich wird.

Wie heiß kann es denn nun überhaupt bei uns zu Lande werden? Es herrschen darüber vielfach ziemlich unklare Vorstellungen, die wohl meist auf laienhaften Kalkulationen von Thermometern beruhen, die gegen die Sonnenstrahlung gar nicht oder unzureichend geschützt sind. Die effektiven höchsten Schattentemperaturen — und nur diese haben einen Vergleichswert — liegen in Mitteleuropa bei 40° C. Über dieser Rekordwert ist nur in ganz vereinzelt Fällen und nur an wenigen Orten beobachtet worden. Zuletzt hat Straßburg i. E. 40° Wärme erreicht; es war am 2. August 1921, einem der heißesten Tage des 20. Jahrhunderts. Am 23. Juli 1911 hatten es auch Chemnitz und Jena auf 40° C gebracht; am 18. August 1892 war in Amberg das Quecksilber bis fast auf 40° Wärme gestiegen. Der am gleichen Tage in Bad Reichenhall beobachtete Wert von 40½° C gibt in bezug auf die nötige Exaktigkeit der Messung nicht als unbedingt verbürgt. Auch 39° C, die am 28. Juli 1921 in Karlsruhe und Würzburg registriert wurden, sind in Mitteleuropa schon eine außerordentliche Seltenheit, wie überhaupt Temperaturen von 37° und mehr in unseren Breiten höchst seltene Hitzepextrema darstellen. In Berlin beispielsweise ist seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts das Thermometer nur einmal, am 20. Juli 1865, auf 37° C gestiegen. Während des ganzen 18. Jahrhunderts wurde hier nur einmal, am 4. Juli 1781, ein Temperaturwert von 37½° erreicht. Ueber das 18. Jahrhundert gehen aber die meteorologischen Aufzeichnungen nirgends hinaus; lediglich in Paris sind solche aus den letzten Jahren des 17. Jahrhunderts erhalten. Torricelli hat ja auch erst im Jahre 1643 das Barometer erfunden.

Die naheliegende Frage, ob die gegenwärtige Hitzewelle den Beginn eines heißen und trodnenden Hochsommers darstellt, läßt sich im Augenblick noch keineswegs beantworten. Die Wahrscheinlichkeit spricht nicht dafür, und selbst wenn es noch 8 bis 14 Tage so heiß bleiben sollte, könnte man nach dem viel zu frühen Juni und angesichts des noch ausstehenden dritten Sommermonats August, über dessen Verlauf wir noch nichts wissen, noch nicht von einem heißen Sommer sprechen.

